



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Finanzkommission

An den Grossen Rat

12.5165.01

Basel, 4. Juni 2012

Kommissionsbeschluss
vom 31. Mai 2012

Bericht der Finanzkommission

zur Staatsrechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt

und

**Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung
2011 der fünf kantonalen Museen**

Inhalt

1.	AUSGANGSLAGE	4
1.1	Auftrag	4
1.2	Vorgehen	4
1.3	Mitglieder der Finanzkommission	4
2.	STAATSRECHNUNG 2011	5
2.1	Übersicht	5
2.2	Ertrag	5
2.3	Aufwand	9
2.4	Ordentlicher Nettoaufwand	10
2.5	Investitions- und Finanzierungsrechnung	10
2.6	Verschuldung und Bilanzkennzahlen	12
2.7	Prüfung der Finanzkontrolle	13
3.	EINSCHÄTZUNG UND AUSBLICK FINANZKOMMISSION	14
4.	GESAMTSTAATLICHE THEMEN	18
4.1	Personal	18
4.1.1	Allgemein	18
4.1.2	Zeitguthaben des Personals	19
4.1.3	Pensionskasse Basel-Stadt	21
4.2	Internationale Partnerschaften	23
4.3	Beschaffungswesen	27
5.	SPEZIFISCHE THEMEN	29
5.1	Präsidialdepartement	29
5.2	Bau- und Verkehrsdepartement	30
5.2.1	Überblick	30
5.2.2	Rückstellungen Basler Verkehrs-Betriebe	30
5.2.3	Investitionsübersichtsliste	33
5.3	Erziehungsdepartement	33
5.4	Finanzdepartement	34
5.4.1	Überblick	34
5.4.2	Steuerrevisorat	34
5.5	Gesundheitsdepartement	36
5.5.1	Überblick	36
5.5.2	Universitätsspital Basel	37
5.5.3	Neue Pflegefinanzierung	38
5.6	Justiz- und Sicherheitsdepartement	40
5.7	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	41
5.7.1	Überblick	41
5.7.2	Ergänzungsleistungen	41
5.7.3	Stromsparfonds	43
5.8	Gerichte	44
5.9	Parlament	45
5.10	Regierungsrat	46
6.	ANTRAG AN DEN GROSSEN RAT	47
	GROSSRATSBESCHLUSS	48
	ANHANG 1: DRINGLICHE KREDITBEWILLIGUNGEN 2011	49
	ANHANG 2: BERICHTE DER FINANZKONTROLLE 2011	50
	ANHANG 3: BERICHTE DER VERWALTUNG 2011	52
	ANHANG 4: KORREKTUREN JAHRESBERICHT	53

Abkürzungen

Abs.	Absatz
Abw.	Abweichung
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BKB	Basler Kantonalbank
BVB	Basler Verkehrs-Betriebe
bzw.	beziehungsweise
CAS	Certificate of Advanced Studies
CHF	Schweizer Franken
Dep.	Département
EU	Europäische Union
GO	Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates
IÜL	Investitionsübersichtsliste
IT	Informationstechnik
IV	Invalidenversicherung
IWB	Industrielle Werke Basel
KLV	Krankenpflege-Leistungsverordnung
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (<i>Projektbezeichnung</i>)
OG	Organisationsgesetz
OLMA	Schweizer Messe für Landwirtschaft und Ernährung (<i>bis 1945 Ostschweizerische Land- und Milchwirtschaftliche Ausstellung</i>)
ONA	Ordentlicher Nettoaufwand
ÖV	Öffentlicher Verkehr
PK	Pensionskasse
SNB	Schweizerische Nationalbank
TNW	Tarifverbund Nordwestschweiz
UPK	Universitäre Psychiatrische Kliniken
US	United States
USB	Universitätsspital Basel
vgl.	vergleiche

1. Ausgangslage

1.1 Auftrag

Die Finanzkommission des Grossen Rats legt hiermit ihren Bericht zur Staatsrechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt gemäss § 37 Abs. 1 und § 68 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vor. Sie fasst darin ihre wichtigsten Erkenntnisse zur Staatsrechnung 2011 zusammen. Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rats hat zur Rechnung 2011 der fünf kantonalen Museen einen Mitbericht gemäss § 37 Abs. 1 GO verfasst. Die übrigen Sachkommissionen haben auf Mitberichte verzichtet.

1.2 Vorgehen

Die Finanzkommission hat am 29.3.2012 einen Vorabdruck des Jahresberichts 2011 sowie die sechsstelligen Kontopositionen der Laufenden Rechnung aller Dienststellen erhalten. Sie prüfte die Staatsrechnung in der Klausursitzung vom 29./30.3.2012. Dabei standen ihr Eva Herzog (Vorsteherin Finanzdepartement), Peter Schwendener (Leiter Finanzverwaltung) und Kaspar Sutter (Generalsekretär Finanzdepartement) für Erläuterungen zur Verfügung. Die Finanzkontrolle, vertreten durch ihren Leiter Daniel Dubois und dessen Stellvertreter Dieter von Allmen, präsentierte ihre Revisionsfeststellungen. Vom 23. bis 26.4.2012 hat die Finanzkommission Hearings mit der Vorsteherin und den Vorstehern aller Departemente durchgeführt. Sie dankt den Mitgliedern des Regierungsrats, den Beteiligten aus der Verwaltung sowie der Finanzkontrolle für die wie immer sehr konstruktive Zusammenarbeit.

1.3 Mitglieder der Finanzkommission

Die Finanzkommission setzte sich bei der Ausarbeitung des vorliegenden Berichts wie folgt zusammen (mit Departementsverantwortlichkeit):

Baschi Dürr	Präsident, Finanzdepartement
Jürg Stöcklin	Vizepräsident, Justiz- und Sicherheitsdep.
Mustafa Atici	Gesundheitsdepartement
Patricia von Falkenstein	Präsidialdepartement und Gerichte
Beat Fischer	Gesundheitsdepartement
Alexander Gröflin	Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt
Patrick Hafner	Justiz- und Sicherheitsdepartement
Greta Schindler	Erziehungsdepartement
Sabine Suter	Bau- und Verkehrsdepartement
André Weissen	Erziehungsdepartement
Dieter Werthemann	Bau- und Verkehrsdepartement
Niklaus Wunderle	Kommissionssekretär

2. Staatsrechnung 2011

2.1 Übersicht

Die Laufende Rechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt weist bei einem Ertrag von über CHF 4,6 Mrd. und einem Aufwand von über CHF 4,4 Mrd. einen Überschuss von CHF 217,3 Mio. aus. Gegenüber dem Budget 2011 bedeutet dies eine Verbesserung um CHF 164,9 Mio. Die Rechnung 2010 hat einen Überschuss von CHF 277,5 Mio. verzeichnet.

*Laufende Rechnung
CHF 217 Mio. im Plus*

Ebenfalls besser als veranschlagt fällt der Finanzierungssaldo aus. Ist das Budget von einer Zunahme der Nettoschulden um CHF 43,2 Mio. ausgegangen, reduzieren sich diese nun um CHF 99,4 Mio. und liegen per Ende 2011 bei CHF 1'709,8 Mio. oder CHF 8'916 pro Kopf.

*Nettoschulden sinken
um fast CHF 100 Mio.*

Tabelle 2-1 fasst die wichtigsten finanziellen Eckwerte der Staatsrechnung 2011 zusammen und vergleicht sie mit Budget und Vorjahr.

2.2 Ertrag

in Mio. CHF	Rechnung 11	Rechnung 10	Budget 11	Rechnung 11 / Rechnung 10	Rechnung 11 / Budget 11
Ertrag	4'629,8	4'941,6	4'334,2	-6,3%	+6,8%

Der Kanton Basel-Stadt verzeichnet 2011 einen Ertrag von insgesamt CHF 4'629,8 Mio. (ohne interne Verrechnungen), 6,3% weniger als im Vorjahr¹. Erklären lässt sich die deutliche Reduktion mit Sonderfaktoren in der Rechnung 2010, namentlich der Einbuchung des Darlehens der Industriellen Werke Basel (IWB) von CHF 200 Mio. sowie – nach dem Entscheid des Grossen Rats vom 10.3.2010, die Deckungslücke der Pensionskasse vom 30.9.2009 zu schliessen – der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen zur PK-Sanierung von CHF 164,8 Mio. Gemessen am Budget steigt der Ertrag um fast CHF 300 Mio.

*Ertrag unter Vorjahr,
aber deutlich über
Budget*

Die Steuereinnahmen – der wichtigste Ertragspfeiler des Kantons – nehmen 2011 über alle Kategorien um CHF 77,2 Mio. oder 2,9% auf 2'601,9 Mio. ab. Wie von der Finanzkommission in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2010 ausgeführt, hat die Rechnung 2010 aufgrund eines Rückstands in der Veranlagung der Quellensteuern von Jahresaufenthaltern Sondererträge von CHF 111 Mio. enthalten. Um diesen Effekt bereinigt steigen die Einkommenssteuern 2011 um rund CHF 63 Mio. oder 4,7% auf CHF 1'406,7 Mio. Rückläufig sind hingegen die Vermögenssteuern; sie reduzieren sich um 2,5% auf CHF 256,7 Mio. Die 2010 eingeführte straflose Selbstanzeige führt zu Einnahmen aus Nach- und Strafsteuern von CHF 26,0 Mio. (Vorjahr CHF 33,3 Mio.).

*Steuereinnahmen
insgesamt stabil,...*

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Abweichungen auf die Staatsrechnung 2010.

Tabelle 2-1: Finanzielle Eckwerte

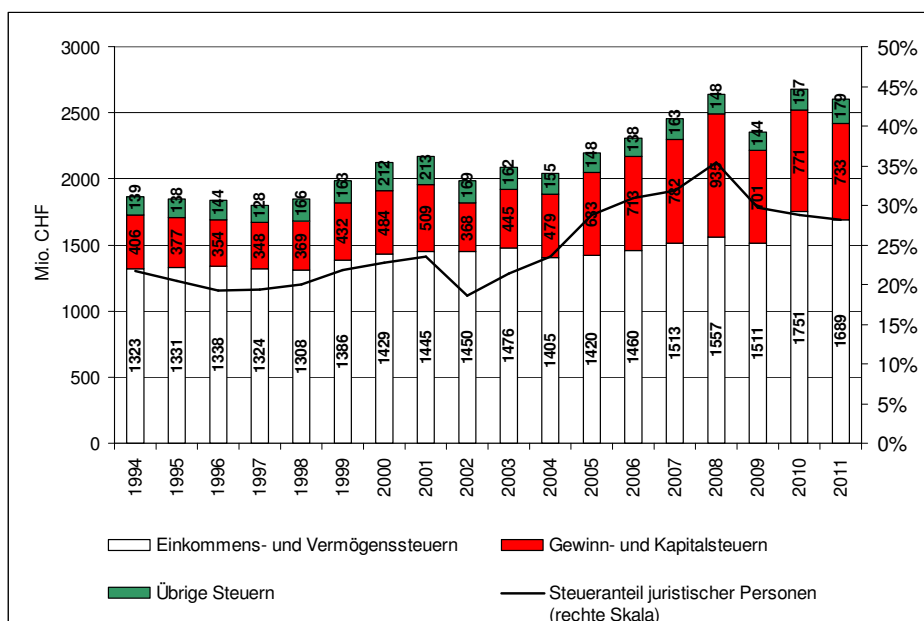
in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011 ²	Rechnung 2010	Abweichung Rechnung 2011 Budget 2011 ² Rechnung 2010	
Ertrag ¹	4'629,8	4'334,2	4'941,6	+6,8%	-6,3%
Aufwand ¹	4'412,5	4'281,8	4'664,1	+3,1%	-5,4%
Saldo Laufende Rechnung	217,3	52,5	277,5	+314,3%	-21,7%
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen	172,3	179,9	212,1	-4,2%	-18,7%
+/- Veränderung zweckgebundenes Eigenkapital	36,2	42,2	476,3	-14,4%	-92,4%
Selbstfinanzierung	425,8	274,6	965,9	+55,1%	-55,9%
./. Saldo Investitionsrechnung	326,4	317,8	293,5	+2,7%	+11,2%
Finanzierungssaldo	99,4	-43,2	672,5	n.a.	-85,2%
Selbstfinanzierungsgrad (in Prozent)	130,4	86,4	329,2		
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA) ¹	2'425,2	2'336,0	2'445,5	+3,8%	-0,8%
Investitionsrechnung					
Ausgaben	312,0	312,1	276,3	-0,0%	+12,9%
Einnahmen	34,5	29,3	21,7	+17,9%	+58,7%
Nettoinvestitionen	277,5	282,8	254,6	-1,9%	+9,0%
Veränderung Darlehen / Beteiligungen Verwaltungsvermögen	48,9	35,0	38,9	+39,8%	+25,9%
Saldo Investitionsrechnung	326,4	317,8	293,5	+2,7%	+11,2%
Nettoschulden	1'709,8	1'852,4	1'809,2	-7,7%	-5,5%
Nettoschuldenquote (in Promille)	3,0	3,3	3,3		

¹ Ohne interne Verrechnungen (Rechnung 2011: CHF 275,9 Mio.; Budget 2011: CHF 245,3 Mio.; Rechnung 2010: CHF 238,9 Mio.)

² Vom Grossen Rat verabschiedetes Budget inklusive der beschlossenen Budgetpostulate

Die Steuereinnahmen von juristischen Personen liegen mit CHF 733,4 Mio. um 4,9% unter dem Wert des Vorjahrs. Ohne den Ertrag von CHF 42,0 Mio. aus Nach- und Strafsteuern (vgl. Kapitel 5.4.2) wäre der Rückgang sogar mehr als doppelt so hoch. Der Anteil der Unternehmens- an den gesamten Steuereinnahmen geht damit nochmals leicht zurück. Er erreicht mit 28,2% einen im interkantonalen Vergleich zwar immer noch hohen, gleichzeitig aber den tiefsten Wert der letzten sieben Jahre (vgl. Abbildung 2-1).

Abbildung 2-1: Anteil der Steuerkategorien am Gesamtsteuerertrag



Anmerkung: Ab 2009 Steuereinnahmen brutto (ohne Verrechnung der Debitorenverluste von ca. CHF 50 Mio.)

Insgesamt übertreffen die realisierten Steuereinnahmen die budgetierten um 7,6% bzw. CHF 183,4 Mio. – dies dank der Steuereinnahmen von natürlichen Personen, die die Erwartungen deutlich übertreffen (+8,9%). Im Jahresvergleich 2010 zu 2011 bleiben sämtliche Steuersätze unverändert, das heisst die vom Grossen Rat in den letzten Jahren beschlossenen Steuersenkungen sind bereits 2009 abgeschlossen worden oder wirken sich erst ab der Staatsrechnung 2012 aus.

Der Kantonsanteil an der Direkten Bundessteuer nimmt nach einer rückläufigen Tendenz in den beiden Vorjahren wieder zu und beträgt 2011 CHF 163,2 Mio. (+ CHF 22,5 Mio.).

Mit einem Ertrag von 1'153,3 Mio. die zweitwichtigste Ertragsgruppe bilden die Entgelte – Erträge aus Leistungen, die der Kanton für Dritte oder im Auftrag von Dritten erbringt, Ersatzabgaben und Gebühren sowie Busseneinnahmen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleis-

... aber deutlich
über Budget

Spital- und Heimtaxen
steigen auch
2011 deutlich

tungen für Investitionen. Diese sinken deutlich um CHF 298,5 Mio. oder 20,6%, was sich in erster Linie mit den bereits erwähnten ausserordentlichen Erträgen in der Rechnung 2010 erklärt.

Gegenüber dem Budget liegen die Entgelte um CHF 64,3 Mio. oder 5,9% höher. Betraglich ins Gewicht fallen vor allem die Spital- und Heimtaxen, die CHF 57,8 Mio. (+8,8%) über dem Budget und CHF 76,1 Mio. (+11,9%) über dem Vorjahr liegen (vgl. Kapitel 5.5.2). Ihnen stehen – dem Verlaufsmuster der letzten Jahre folgend – entsprechende Mehraufwendungen gegenüber. Unter dem Budget liegen die Einnahmen aus Verfahrensgebühren bei der Staatsanwaltschaft (- CHF 4,9 Mio.), die Benützungsgebühren (- CHF 3,0 Mio.) und die Erträge für Bauaufträge von Privaten (- CHF 4,4 Mio.). Um 9,3% auf CHF 49,9 Mio. gestiegen ist dafür der Verkaufsertrag.

Der Vermögensertrag nimmt um 12,4% auf CHF 265,2 Mio. zu. Der darunter fallende Ertrag aus Beteiligungen im Verwaltungsvermögen steigt zwar um CHF 6,3 Mio., liegt aber um CHF 6,7 Mio. unter Budget. Während die Gewinnablieferung (inklusive Gewährsträgerabgeltung) der Basler Kantonalbank (BKB) um CHF 10,8 Mio. unter Vorjahr liegt, verzeichnet der Kanton 2011 erstmals einen Ertragsanteil der per 1.1.2010 verselbstständigten IWB. Dieser übertrifft mit CHF 22,4 Mio. das Budget um CHF 3,7 Mio. Die Ertragsablieferung der IWB erfolgt wie die Gewinnablieferung der BKB jeweils erst im Folgejahr.

Tiefere Gewinnablieferung der BKB

Um 8,5% auf CHF 112,1 Mio. steigt der Ertrag aus den Liegenschaften im Finanzvermögen. Von der Budgetüberschreitung um CHF 8,1 Mio. entfallen rund 70% auf reguläre Liegenschaftserträge und 30% auf höhere Baurechtszinsen. Nicht budgetiert werden jeweils die Erträge aus Liegenschaftsverkäufen und Bewertungskorrekturen im Finanzvermögen. Sie betragen in der Rechnung 2011 CHF 32,3 Mio., CHF 14,1 Mio. mehr als im Vorjahr. Ein Grossteil der positiven Abweichung resultiert aus Teilzahlungen aus dem Verkauf des Hafengeländes St. Johann an Novartis.

Höherer Liegenschaftsertrag

Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank schliesslich liegt mit CHF 41,0 Mio. um CHF 0,2 Mio. leicht unter, der Ertrag aus dem nationalen Lastenausgleich gemäss NFA mit CHF 47,1 Mio. um CHF 0,8 Mio. etwas über dem Vorjahr.

Erträge von SNB und aus NFA stabil

2.3 Aufwand

in Mio. CHF	Rechnung 11	Rechnung 10	Budget 11	Rechnung 11 / Rechnung 10	Rechnung 11 / Budget 11
Aufwand	4'412,5	4'664,1	4'281,8	-5,4%	+3,1%

Der Aufwand (ohne interne Verrechnungen) liegt mit CHF 4'412,5 Mio. um CHF 130,7 Mio. über dem Budget, gleichzeitig aber um CHF 251,6 Mio. unter dem Vorjahreswert. Dabei verzerren grosse Sonderfaktoren den Direktvergleich. 2010 haben die Ausbuchung des Arbeitgeberanteils an der Pensionskassensanierung I mit CHF 354,0 Mio. und die Sanierung der Pensionskasse der IWB mit CHF 76,3 Mio. zu Buche geschlagen, 2011 die Rückstellung für die anstehende Sanierung III mit CHF 146,0 Mio. (vgl. Kapitel 4.1.3). Letzteres ist auch der wesentliche Grund, warum der Personalaufwand um 10,0% auf CHF 1'913,3 Mio. und damit deutlich stärker als der Stellenetat wächst. Die reine Lohnsumme nimmt gegenüber dem Vorjahr um CHF 46,7 Mio. oder 3,3% zu (vgl. Kapitel 4.1.1). Davon entfallen mehr als drei Viertel auf die kantonalen Spitäler.

*Aufwand ebenfalls
über Budget und
unter Vorjahr*

Um die erwähnten Sondereffekte bereinigt steigt der Sachaufwand um CHF 49,8 Mio. Neben den Verbrauchsmaterialien, deren Kosten – vor allem bei den Spitälern – um CHF 14,3 Mio. zunehmen (vgl. Kapitel 5.5.2), verändern sich der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare (+ CHF 12,8 Mio.) und der bauliche Unterhalt (+ CHF 11,9 Mio.) absolut am stärksten. Dies geht vor allem auf den Rückbau des Hafens St. Johann und die damit verbundene Bodesanierung zurück. Rückläufig ist dafür der Aufwand für Wasser, Energie und Heizmaterial (-13,4% auf CHF 35,8 Mio.).

*Sachaufwand steigt um
Sondereffekte bereinigt
um CHF 50 Mio.*

Die Abschreibungen bewegen sich nach einem deutlichen Anstieg aufgrund von einmaligen Faktoren in der Rechnung 2010 – Erhöhung der Rückstellungen für Delkredere der Steuerverwaltung (CHF 48,7 Mio.) sowie Abschreibung der Restbuchwerte auf Allmendflächen entlang der Nationalstrassen (CHF 47,1 Mio.) und der Anlagen des Schlachthofs (CHF 20,1 Mio.) – mit CHF 237,5 Mio. wieder auf dem Niveau der Vorjahre.

Ein weiteres Mal zurück geht der Aufwand für Passivzinsen – von CHF 75,5 Mio. auf CHF 70,4 Mio. Die relative Zinsbelastung, das Verhältnis der Finanzierungsausgaben zu den Steuer- und anderen Erträgen ohne Zweckbindung, hat seit dem Höchststand von 11,4% im Jahr 1997 sukzessive auf 2,7% abgenommen. Die Reduktion um 0,4 Prozentpunkte in den beiden letzten Jahren ist dabei weniger auf das anhaltend tiefe Zinsniveau, sondern vielmehr auf den Schuldenabbau zurückzuführen.

*Schuldenabbau
reduziert Höhe
der Passivzinsen*

Die Eigenen Beiträge, die die verschiedenen Sozialleistungen umfassen, nehmen um CHF 62,6 Mio. auf CHF 1'384,9 Mio. zu, bleiben aber um CHF 41,6 Mio. unter dem Voranschlag. In der Abweichung zwischen Rechnung und Budget manifestiert sich die über den Erwartungen lie-

*Neue Höchstwerte
bei Sozialkosten*

gende wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Im Vorjahresvergleich erhöhen sich die Sozialkosten netto aber dennoch – um CHF 27,5 Mio. oder 5,4% auf den neuen Höchststand von CHF 538,3 Mio. Die stärkste Zunahme verzeichnen die Ergänzungsleistungen inklusive Pflegeheimfinanzierung (+16,1%; vgl. Kapitel 5.7.2) sowie die Prämienverbilligungen (+8,8%).

2.4 Ordentlicher Nettoaufwand

in Mio. CHF	Rechnung 11	Rechnung 10	Budget 11	Rechnung 11 / Rechnung 10	Rechnung 11 / Budget 11
Ordentlicher Nettoaufwand	2'425,2	2'445,5	2'336,0	-0,8%	+3,8%
Normalisierter Ordentlicher Nettoaufwand ¹				+1,8%	

¹ vgl. Tabelle 3-1 auf Seite 16

Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) ist die wichtigste finanzielle Steuerungsgrösse des Regierungsrats. Er entspricht dem Saldo aus Aufwand und Ertrag je Dienststelle oder Departement und soll damit die strukturelle Ausgabenentwicklung aufzeigen. Allerdings wird die Beurteilung der Entwicklung wie bereits in den Vorjahren durch verschiedene Sonderfaktoren erschwert. So haben sich in der Rechnung 2010 die Auflösung des Arbeitgebervorschusses der Pensionskassensanierung I und die Teilauflösung der Rückstellung der Pensionskassensanierung II entlastend ausgewirkt, in der Rechnung 2011 wirken sich die Rückstellungen für die Pensionskassensanierung III (vgl. Kapitel 4.1.3) belastend aus.

Bereinigt um Sonderfaktoren, unter Abzug von temporären und einmaligen Ausgaben und korrigiert um Pfadverschiebungen gemäss Budget erhöht sich der ONA 2011 um CHF 50,7 Mio. Normalisiert entspricht dies einem Anstieg um 1,8%. Der budgetierte normalisierte ONA von CHF 2'332,2 Mio. wird indes um CHF 52,3 Mio. unterschritten. Massgeblich dazu beigetragen haben die unter den Erwartungen gebliebenen Sozialkosten und die nicht mehr notwendige – aber noch budgetierte – Einlage in Spezialfinanzierungen nach der Ausbuchung des Arbeitgeberanteils an der Pensionskassensanierung I per Ende 2010.

ONA steigt normalisiert um 1,8%

2.5 Investitions- und Finanzierungsrechnung

in Mio. CHF	Rechnung 11	Rechnung 10	Budget 11	Rechnung 11 / Rechnung 10	Rechnung 11 / Budget 11
Nettoinvestitionen	277,5	254,6	282,8	+9,0%	-1,9%

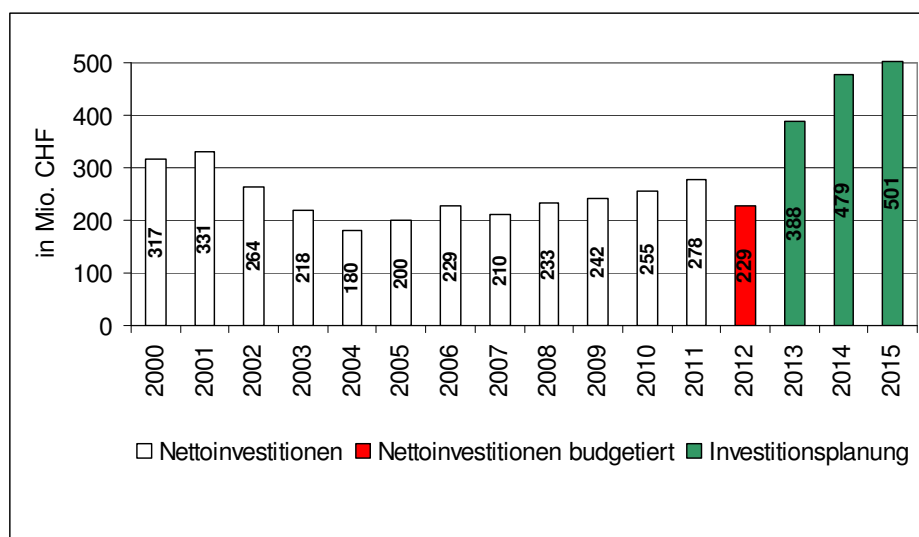
Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen betragen 2011 CHF 277,5 Mio. Dies bedeutet eine Steigerung um CHF 22,9 Mio. oder 9,0%

Nettoinvestitionen nehmen um 5,3% zu

und stellt den höchsten Wert seit 2002 dar (vgl. Abbildung 2-2). Das Investitionsbudget wird damit nur knapp nicht ausgeschöpft.

Grösstes Einzelvorhaben ist der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst auf dem Dreispitz mit Ausgaben von CHF 14,7 Mio. Für die Sanierung bzw. Erweiterung des Operationssaals Ost des Universitätsspitals Basel (USB) sind Ausgaben von CHF 9,3 Mio., für das Messezentrum Basel 2012 CHF 10,0 Mio. in Form eines Investitionsbeitrags angefallen. An die Verlängerung der Tramlinie 8 hat der Kanton CHF 4,9 Mio. der Bruttoausgaben von CHF 14,1 Mio. beigesteuert. Ins Gewicht fallen im Weiteren die Ausgaben aus den Rahmenkrediten für Gleisanlagen (CHF 13,4 Mio.), den Strassenunterhalt (CHF 9,0 Mio.) und die medizinischen Apparate im USB (CHF 20,4 Mio.). Die Ausgaben aus Letzterem liegen um CHF 0,4 Mio. über dem vom Grossen Rat für 2011 letztmals bewilligten Rahmenkredit. Gegenüber dem Vorjahr sind sie netto um CHF 7,9 Mio. gestiegen.

Abbildung 2-2: Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen



Bis 2009 Nettoinvestitionen über 300'000 CHF gemäss Investitionsübersichtsliste; ab 2010 Saldo Investitionsrechnung inklusive Kleininvestitionen bis 300'000 CHF; ab 2012 ohne Nettoinvestitionen der verselbständigten Spitäler.

Während die budgetierten Ausgaben in den vier Investitionsbereichen Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Öffentlicher Verkehr, Bildung sowie Übrige mit Ausschöpfungsquoten zwischen 74% und 91% nicht erreicht werden, wird der Plafond im Bereich Gesundheit bei Ausgaben von CHF 85,1 Mio. um CHF 4,7 Mio. überschritten. Der Regierungsrat begründet dies zum grossen Teil mit der Verselbständigung der kantonalen Spitäler auf Anfang 2012 (vgl. Kapitel 5.5.2). 2012 wird der Investitionsbereich Gesundheit aufgehoben, da die Spitäler ihre Investitionen nach der Verselbständigung selbst zu tragen haben.

Investitionsplafond Gesundheit im Jahr vor Verselbständigung der Spitäler überschritten

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 130,4% deutlich über der Schwelle von 100%. Die Investitionen sind 2011 damit allesamt aus eigenen Mitteln finanziert worden.

Selbstfinanzierungsgrad bei über 130%

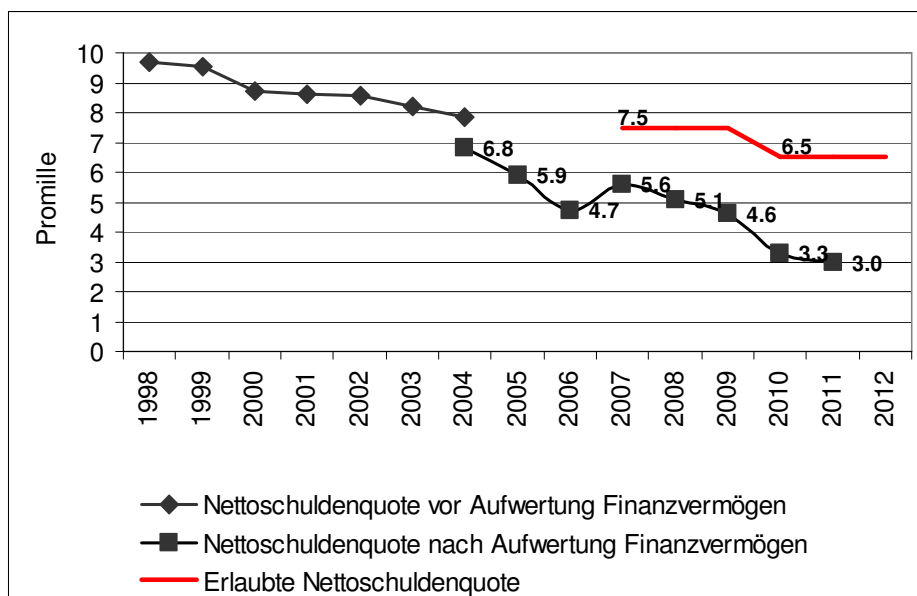
2.6 Verschuldung und Bilanzkennzahlen

in Mio. CHF	Rechnung 11	Rechnung 10	Budget 11	Rechnung 11 / Rechnung 10	Rechnung 11 / Budget 11
Nettoschulden	1'709,8	1'809,2	1'852,4	-5,5%	-7,7%
Nettoschuldenquote (in ‰)	3,0	3,3	3,3		

Die Nettoschulden des Kantons (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) reduzieren sich um den Finanzierungssaldo von CHF 99,4 auf CHF 1'709,8 Mio. Die für die Schuldenbremse massgebende Nettoschuldenquote (Nettoschulden im Verhältnis zum Schweizer Bruttoinlandsprodukt) sinkt von 3,3 auf 3,0 Promille und liegt damit deutlich unter dem Wert von 6,5 Promille, ab dem die Schuldenbremse gemäss § 4 Finanzhaushaltsgesetz Anwendung finden würde (vgl. Abbildung 2-3).

Nettoschuldenquote sinkt auf 3,0 Promille

Abbildung 2-3: Entwicklung Nettoschuldenquote



Nach einem Rückgang von CHF 565,2 auf CHF 221,7 Mio. im Vorjahr steigen die Rückstellungen 2011 wieder an. Hauptgrund ist die Rückstellung von CHF 146,0 Mio. aufgrund der Deckungslücke in der Pensionskasse (vgl. Kapitel 4.1.3). Um CHF 4,6 Mio. auf CHF 6,0 Mio. erhöht hat der Regierungsrat die Rückstellungen für Kosten an ein Forschungsprojekt der UPK (vgl. Kapitel 5.5.1), um CHF 13,7 Mio. auf CHF 121,1 Mio. jene für Ferien- und Überzeitguthaben des Kantonspersonals

Höhere Rückstellungen wegen Deckungslücke in Pensionskasse

(vgl. Kapitel 4.1.2). Insgesamt belaufen sich die Rückstellungen per 31.12.2011 auf CHF 360,2 Mio.

Das Eigenkapital des Kantons ist weiter gestiegen und liegt per Ende 2011 mit CHF 1,4 Mrd. um CHF 255,0 Mio. über dem Vorjahreswert. In erster Linie geht dieser Anstieg auf den Gewinnvortrag aus der Laufenden Rechnung, die nochmals höhere Neubewertung der Renditeliegenschaften sowie den planmässigen Abbau der Spezialfinanzierung für die PK-Ausfinanzierung (vgl. Kapitel 4.1.3). zurück. Die Eigenkapitalquote des Kantons beträgt per Ende 2011 22,2%.

*Eigenkapitalquote
steigt auf über 22%*

2.7 Prüfung der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat die Staatsrechnung 2011 gemäss § 3 des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes geprüft und am 3.5.2012 ihren sehr detaillierten Erläuterungsbericht zuhanden der Finanzkommission und des Regierungsrats verabschiedet. Sie attestiert den verantwortlichen Organen auf Departements- und Dienststellenebene eine ordnungs- und rechtmässige Rechnungsführung. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Staatsrechnung 2011 ohne Einschränkungen zu genehmigen. Ihr Bestätigungsbericht findet sich auf Seite 129 des Jahresberichts des Regierungsrats.

*Finanzkontrolle emp-
fiehl Genehmigung
der Staatsrechnung*

Kritisch kommentiert die Finanzkontrolle die Tatsache, dass das Finanzdepartement die Eckdaten der Staatsrechnung jeweils vor Abschluss der Revisionsarbeiten öffentlich macht. Aus ihrer Sicht gilt es, das zeitliche Zusammenspiel zwischen Finanzkontrolle, Finanzdepartement und Finanzkommission in diesem Punkt zu verbessern. Die Finanzkommission ruft Finanzkontrolle und Finanzdepartement auf, per Rechnungsabschluss 2012 eine Lösung zu finden.

*Medienorientierung
auch 2012 vor
Abschluss der
Revisionsarbeiten*

3. Einschätzung und Ausblick Finanzkommission

Die Staatsrechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt reiht sich in den wichtigsten Parametern weitgehend in die Abschlüsse der Vorjahre ein. Zum einen liegen die ordentlichen Ausgaben deutlich unter Budget und die Schulden sinken klar unter den Stand des Vorjahres. Zum anderen nehmen Ausgaben und Stellenetat zu und bleibt die strukturelle Gesundung der Pensionskasse des Staatspersonals ein ungelöstes Problem. Während die Eigenkapitalquote mit über 20% so hoch und die Nettoverschuldung mit CHF 1,7 Mrd. bzw. die Nettoschuldenquote mit 3,0 Promille so tief wie noch nie in diesem Jahrhundert notieren, erreicht die zentrale Steuerungsgrösse Ordentlicher Nettoaufwand (ONA) mit CHF 2,4 Mrd. auf normalisierter Basis einen neuen Höchstwert. Für die bevorstehende Pensionskassen-Sanierung III wiederum sind 2011 fast CHF 150 Mio. zurückgestellt worden. Ohne die bisher erfolgswirksam verbuchten Sonderaufwendungen für die drei Pensionskassen-Sanierungen wäre der Kanton nettoschuldenfrei.

*Wichtigste Parameter
der Staatsrechnung
folgen den Vorjahren*

Vor Jahresfrist hat sich die Finanzkommission kritisch mit der in den letzten Jahren zu pessimistischen Budgetierung auseinandergesetzt. Auch die Staatsrechnung 2011 schliesst deutlich besser ab als veranschlagt. Der normalisierte ONA liegt um rund CHF 50 Mio. unter dem Voranschlag, wovon gegen die Hälfte auf die Sozialkosten zurückgeht, die weniger stark gestiegen sind als erwartet. Insgesamt aber haben die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung zwischen 2010 auf 2011 klar abgenommen. Dies könnte aus Sicht der Finanzkommission ein Anzeichen dafür sein, dass sich die in den letzten Jahren entstandene Lücke zwischen Budget und Rechnung wieder zu schliessen beginnt.

*Rechnung auch 2011
besser als budgetiert*

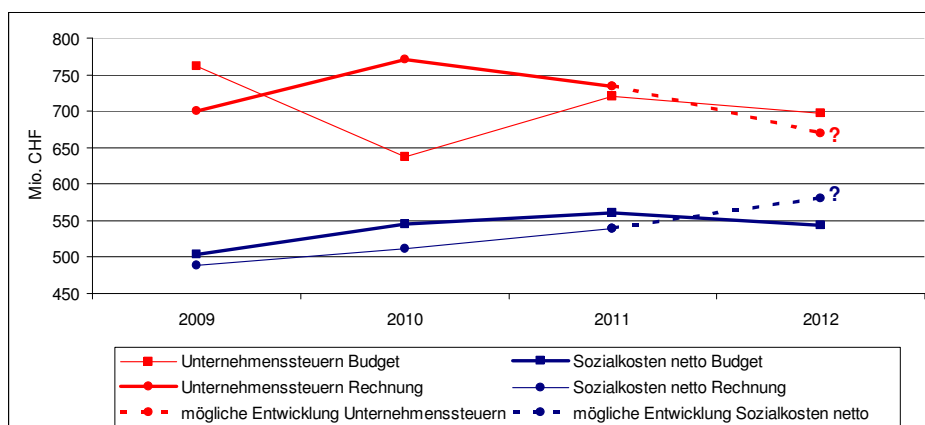
2011 liegen die Steuereinnahmen von juristischen Personen unter Ausklammerung der hohen Nach- und Strafsteuern (vgl. Kapitel 5.4.2) unter dem Voranschlag – und für das laufende Jahr hat das Finanzdepartement gegenüber der Finanzkommission angedeutet, dass die Steuereinnahmen insgesamt erstmals seit Jahren zu optimistisch budgetiert sein könnten. Eine ähnliche Trendumkehr zeichnet sich bei den Sozialkosten ab. Sind diese in den letzten Jahren zwar stetig gewachsen, aber immer unter dem Budget geblieben, könnte nach Auskunft des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt der Sozialetat 2012 übertroffen werden.

*Trendumkehr
im Jahr 2012?*

Wie Abbildung 3-1 zeigt, haben die beiden wohl konjunktursensitivsten Positionen der Staatsrechnung – die Steuereinnahmen aus der Wirtschaft und die Sozialkosten – in den letzten Jahren zumeist einen besseren Abschluss als budgetiert verzeichnet. Mit Vorliegen der Staatsrechnung 2012 in einem Jahr wird zu beurteilen sein, ob die lange zu pessimistische nun einer zu optimistischen Budgetierung gewichen ist. Mit anderen Worten könnten sich die internationalen wirtschaftlichen Verwerfungen – zwar später als ursprünglich angenommen und im Um-

fang gemäss aktuellen Annahmen beschränkt – doch über Erwarten auf die Basler Staatsfinanzen auswirken.

Abbildung 3-1: Entwicklung Steuereinnahmen von juristischen Personen und Sozialkosten netto



In der Detailbetrachtung stellt die Finanzkommission fest, dass der ONA auf normalisierter Basis mit 1,8% (vgl. Tabelle 3-1) etwas stärker wächst als budgetiert, als im langfristigen Mittel von maximal 1,5% vorgesehen und als vom Finanzdepartement als „realer Wert“ ausgewiesen.

*ONA-Wachstum trotz
Vorgabenreduktion
leicht über Zielwert*

Tabelle 3-1: Entwicklung Ordentlicher Nettoaufwand 2007 bis 2011

in Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011
Teuerung Vorjahr	0,4%	1,8%	1,6%	0,0%	0,5%
ONA Budget	2167,6	2162,3	2230,0	2291,4	2336,0
Wachstum nominal	3,8%	-0,2%	3,1%	2,8%	1,9%
Wachstum real ¹	3,4%	-2,0%	1,5%	2,8%	1,3%
Wachstum normalisiert ²	1,7%	1,4%	1,7%	2,9%	1,6%
ONA Staatsrechnung	2092,2	2718,8	2179,7	2445,5	2425,2
Wachstum nominal	0,2%	29,9%	-19,8%	12,2%	-0,8%
Wachstum real ¹	-0,2%	28,1%	-21,4%	12,2%	-1,3%
Wachstum normalisiert ²	-0,2%	-0,1%	0,8%	2,6%	1,8%

¹ exklusive Teuerung; ² exklusive Teuerung und Sonderfaktoren

Das Wachstum gemäss Jahresbericht von 1,6% (in Tabelle 3-1 nicht dargestellt) klammert zwar die Auswirkungen der Teuerung sowie nicht budgetierter Faktoren aus, nicht aber die so genannte Pfadverschiebung in der Höhe von 2,9 Mio. Diese setzt sich zusammen aus einer Minderbelastung des ONA in Höhe von CHF 5,6 Mio. in Folge der Sanierung der Pensionskasse und einer Mehrbelastung von CHF 2,6 Mio. aufgrund von zwei Verschiebungen aus den Nettoinvestitionen in den ONA. Trotz der gesamtstaatlichen Vorgabenreduktion im Budget 2011

hat der Regierungsrat sein Ziel, das ONA-Wachstum nach der ausserordentlichen Steigerung 2010 wieder auf den langfristig angestrebten Pfad von 1,5% zurückzuführen, um 2 bis 3 Promillepunkte verfehlt.

Indes hält die Finanzkommission mit Blick auf Tabelle 3-1 fest, dass die normalisierte ONA-Entwicklung in den Rechnungsjahren 2007 bis 2012 im Durchschnitt mit rund einem Prozent unter der 1,5%-Marke bleibt. Und im Budget-Budget-Vergleich hat die Finanzkommission mit dem Finanzdepartement vereinbart, die Mehrausgaben 2010 in den Folgejahren zu kompensieren. Rund die Hälfte davon ist im Budget 2012 bereits realisiert worden.

Ein besonderes Augenmerk der Finanzkommission gilt bei der Beurteilung der Staatsrechnung jeweils den Rückstellungen. Auch wenn deren Bildung durch die Rechnungslegung grundsätzlich vorgegeben ist, ist es in der Vergangenheit in Einzelfällen trotzdem zu Diskussionen gekommen. So hat die Finanzkommission die Rechnung 2008 wegen ungerechtfertigter Rückstellungen für die neue Pflegefinanzierung nochmals öffnen lassen – und hat auch 2012 auf eine andere Verbuchung der Rückstellungen bei den Zeitguthaben des Kantonspersonals hingewirkt (vgl. Kapitel 4.1.2). Im Wesentlichen aber zeigt sie sich mit den per Ende 2011 neu gebildeten bzw. bestehenden Rückstellungen von insgesamt CHF 360 Mio. einverstanden.

Die deutliche Zunahme der Rückstellungen um nahezu CHF 140 Mio. ist vor allem eine Folge der für die anstehende Pensionskassen-Sanierung III zurückgestellten Mittel in Höhe von CHF 146 Mio. Auch wenn die Deckungslücke der Pensionskasse per 31.12.2011 leicht unter 5% liegt und damit kein umgehender rechtlicher Zwang zur Sanierung besteht, erachtet die Finanzkommission eine entsprechende Belastung der Rechnung 2011 als richtig. Sie schliesst sich gleichzeitig der Haltung der Finanzkontrolle an, dass für solche Rückstellungen in Zukunft nicht provisorische, sondern definitive Werte zu verwenden sind (vgl. Kapitel 4.1.3). Ferner hält sie fest, dass mit dieser Rückstellung keinerlei Präjudiz über die genaue Ausgestaltung der anstehenden Sanierung III geschaffen wird.

*Finanzkommission mit
neuer Rückstellung für
PK einverstanden*

Ebenfalls in Zusammenhang mit Rückstellungen geht die Finanzkontrolle in ihrem Erläuterungsbericht zur Staatsrechnung 2011 näher auf die ausgelagerten Betriebe des Kantons ein. Das finanzielle Risiko des Kantons hat sich mit den verschiedenen Auslagerungen und Verselbstständigungen der letzten Jahre laufend vom Kern an die Ränder verschoben. Namentlich wirft die Finanzkontrolle die Frage auf, ob der Kanton aufgrund der Geschäftstätigkeit der Basler Kantonalbank mit US-amerikanischen Kunden sowie der Unsicherheit über die Bewertung der Stromnetze bei den IWB zusätzliche Rückstellungen tätigen müsste. Sie gelangt aber zum Schluss, dass in beiden Fällen die derzeit absehbaren möglichen finanziellen Folgen von der jeweiligen Institution getragen

*Kein Rückstellungsbe-
darf aufgrund von Risi-
ken bei BKB und IWB*

werden können. Entsprechend gebe es keinen weiteren Rückstellungsbedarf.

Die Finanzkommission schliesst sich der Lagebeurteilung der Finanzkontrolle an. Da sie auch mit sämtlichen weiteren Rückstellungen – dem praktisch einzigen Bereich mit einer gewissen Handlungsfreiheit bei der Erstellung des kantonalen Abschlusses – im Jahresbericht des Regierungsrats letztlich einstimmig einverstanden ist, beantragt sie dem Grossen Rat mehrheitlich, die vorliegende Staatsrechnung zu genehmigen.

*Finanzkommission
beantragt Rechnung
2011 zu genehmigen*

4. Gesamtstaatliche Themen

4.1 Personal

4.1.1 Allgemein

Der Personalaufwand des Kantons wächst 2011 um CHF 174,4 Mio. oder 10,0% auf CHF 1'913,3 Mio. Hiervon entfallen CHF 146,0 Mio. auf die ausserordentlichen Rückstellungen für die Pensionskasse (vgl. Kapitel 4.1.3). Die Lohnsumme des Personals wächst um 3,3%. Unter Berücksichtigung des Teuerungsausgleichs von 0,5% entspricht dies etwa der Zunahme des Headcounts. Dieser nimmt mit 2,4% oder 293,9 Vollzeitstellen deutlich zu – stärker auch als der budgetierte Personal-Plafond (vgl. Tabelle 4-1). Demgegenüber bleibt der Lohnaufwand pro Vollzeitstelle mit CHF 122'900 stabil, womit sich die von der Finanzkommission in der vergangenen Legislatur festgestellte strukturelle Verteuerung des Personalkörpers – zumindest für den Moment – entschärft hat.

Personalbestand steigt um 2,4%

Tabelle 4-1: Stellen- und Personalstatistik (in Vollzeitstellen)

Departement	Personal-Plafond (Budget)			Headcount per 31.12. (Rechnung)		
	2010	2011	Abw.	2010	2011	Abw.
Präsidialdepartement	379	391	+12	371,2	378,7	+7,5
Bau- und Verkehrsdepartement	906	915	+9	890,9	916,3	+25,4
Erziehungsdepartement	2'953	2'971	+18	2'935,2	2'986,7	+51,5
Finanzdepartement	483	487	+4	468,0	472,0	+4,0
Gesundheitsdepartement	5'135	5'186	+51	5'022,6	5'172,4	+149,8
davon Spitäler	4'829	4'880	+51	4'743,6	4'883,6	+140,0
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'599	1'611	+12	1522,0	1573,1	+51,1
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	639	640	+1	617,1	618,6	+1,5
Gerichte	229	235	+6	231,8	234,9	+3,1
Total	12'322	12'437	+115	12'058,8	12'352,7	+293,9
davon Spitäler	4'829	4'880	+51	4'743,6	4'883,6	+140,0

Während der jeweils im Budget abgebildete Personal-Plafond den dem jeweiligen Departement durch den Regierungsrat zugestandenen maximalen Stellenetat abbildet, umfasst der Headcount die tatsächlich besetzten Vollzeitstellen per Ende Jahr. Bis auf das Präsidial- sowie das Finanzdepartement steigt der Headcount 2011 bei allen Departementen stärker als der Plafond. Entsprechend sinkt der Anteil bewilligter, aber nicht besetzter Stellen von 2,1% auf 0,7%. Dennoch halten die Departemente die bewilligten Plafonds nahezu ein. Die einzige eigentliche Ausnahme bildet das Erziehungsdepartement. Dessen Plafond-

Departemente halten Personalplafond mehrheitlich ein

Überschreitung um 15,7 Stellen lässt sich fast vollständig durch die im Budget nicht vorgesehene, rechnungsneutrale Überführung des Lehrgangs „Diplomierte Fachkraft Höhere Fachschule“ von der Bethesda-Pflegeschule ins Bildungszentrum Gesundheit begründen.

Die Spitäler haben im letzten Jahr vor ihrer Verselbstständigung fast die Hälfte aller zusätzlichen Stellen geschaffen (vgl. Kapitel 5.5.2). Die weiteren grösseren Zunahmen gehen auf die eidgenössische Justizreform (Justiz- und Sicherheitsdepartement), den Mehrbedarf in der Planung aufgrund der anstehenden grossen Investitionen (Bau- und Verkehrsdepartement) sowie die Schwerpunktmassnahmen Tagesbetreuung, Leitungsstrukturen Volksschule und Schulharmonisierung (Erziehungsdepartement) zurück. Die entsprechenden Hintergründe hat die Finanzkommission bereits an anderer Stelle im Detail erörtert.

*Erneut starkes
Personalwachstum
an Spitälern*

4.1.2 Zeitguthaben des Personals

Seit dem Rechnungsabschluss 2007 werden im Kanton Basel-Stadt sämtliche Zeitguthaben aller Mitarbeitenden abgegrenzt. Sie setzen sich zusammen aus Ferienansprüchen, angeordneter Überzeit, Saldo aus Gleitzeitarbeit sowie noch nicht bezogenen Dienstaltersgeschenken. Die entsprechenden Rückstellungen sind seither stetig gestiegen – 2011 um vergleichsweise geringe CHF 0,3 Mio. – und summieren sich per Ende 2011 auf das neue Höchst von CHF 107,7 Mio. (vgl. Tabelle 4-2).

*Zeitguthaben des
Personals auf neuem
Höchststand*

Tabelle 4-2: Ferien- und Überzeitguthaben Personal per 31.12.2011

Departement	in CHF	in Stunden	in Stunden pro Vollzeitstelle
Präsidialdepartement	1'937'901	35'181	81
Bau- und Verkehrsdepartement	5'527'828	102'087	102
Erziehungsdepartement Verwaltung	4'230'950	67'218	67
<i>Erziehungsdepartement Lehrkräfte¹</i>	<i>53'520'219</i>	<i>334'651</i>	<i>130</i>
Finanzdepartement	3'569'392	55'389	114
Gesundheitsdepartement	18'498'419	285'489	55
Justiz- und Sicherheitsdepartement	15'280'904	257'494	155
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	3'327'691	60'494	64
Behörden und Parlament	264'900	3'401	114
Gerichte	1'495'400	22'168	86
Total	107'653'604	1'437'523	105

¹ Die Zeitguthaben der Lehrkräfte werden in Einzellektionen erfasst. Es handelt sich dabei um geleistete Unterrichtslektionen im Rahmen der budgetierten Lektionendächer.

Ab 2013 müssen aufgrund der neuen Rechnungslegung neu auch Dienstaltersgeschenke pro rata im Voraus abgegrenzt werden. Der Regierungsrat hat den kantonalen Spitälern die Bildung einer entsprechenden Rückstellung in der Höhe von insgesamt CHF 13,5 Mio. bereits in

*Pro rata Abgrenzung
von Dienstaltersge-
schenken ab 2013*

der Rechnung 2011 bewilligt (in Tabelle 4-2 nicht berücksichtigt). Per Ende 2012 wird diese Abgrenzung auch beim Kantonspersonal vorgenommen. Die Rückstellungen für Zeitguthaben werden allein aus diesem Grund auch 2012 nochmals steigen.

Weil das USB seine Zeitguthaben von per Ende 2011 CHF 10,7 Mio. gemäss Feststellung der Finanzkontrolle statt in der Position „Rückstellungen für Zeitguthaben“ unter den passiven Rechnungsabgrenzungen verbucht hat, wird im Jahresbericht 2011 unter den Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben in der Laufenden Rechnung ein Wert von lediglich CHF 99,1 Mio. ausgewiesen (vgl. Jahresbericht 2011, Seite 118). Inklusive der erwähnten pro rata Abgrenzung für Dienstaltersgeschenke der Spitäler liegt der korrekte Wert bei CHF 121,1 Mio. Die Finanzkommission hat nach Feststellung des der geltenden Praxis widersprechenden Vorgehens des USB beim Finanzdepartement intervenieren und eine Korrektur der Buchung verlangen lassen. Gemäss Auskunft des Finanzdepartements vom 24.5.2012 sind zwar die Zeitguthaben des USB von den passiven Rechnungsabgrenzungen in die Rückstellungen umgebucht worden, im gedruckten Jahresbericht konnte dies aber nicht mehr berücksichtigt werden. Aus diesem Grund weist der Jahresbericht an mehreren Stellen Fehler auf. Die korrekten Zahlen sind in Anhang IV dieses Berichts farblich hervorgehoben. Auf das Ergebnis der Jahresrechnung sowie die wichtigsten Kennzahlen hat die geänderte Verbuchung keinen Einfluss.

Geänderte Verbuchungspraxis des USB verfälscht Zahlen im Jahresbericht

Die Übersicht über die Ferien- und Überzeitguthaben pro Departement zeigt, dass das durchschnittliche Zeitguthaben pro Vollzeitstelle über den gesamten Kanton gesehen bei gut 100 Stunden liegt. Etwa die Hälfte davon fällt auf noch nicht bezogenen Ferien, die andere Hälfte auf angeordnete Überzeit, Gleitarbeitszeitguthaben und noch nicht angetretene Dienstaltersgeschenke. Umgerechnet auf die durchschnittlichen Lohnkosten entsprechen die Zeitguthaben gegen 900 Stellen. Eindeutig über dem kantonalen Durchschnitt liegen die per Ende 2011 ausgewiesenen Überstunden beim Justiz- und Sicherheitsdepartement.

Zeitguthaben von über 100 Stunden pro Vollzeitstelle

Die Finanzkontrolle hat seit Einführung der Abgrenzung der Zeitguthaben immer wieder Mängel bei deren Berechnung festgestellt. Mittlerweile aber werden die Zeitguthaben mit wenigen Ausnahmen gemäss den definierten Regeln zurückgestellt. Laut Finanzkontrolle gibt es aber nach wie vor einzelne Mitarbeitende mit Zeitguthaben von mehreren Monaten.

Mitarbeitende mit Zeitguthaben von mehreren Monaten

Die Finanzkommission hat sich im Rahmen ihrer Hearings zur Rechnung 2011 bei allen Departementen nach deren Strategien erkundigt, die bestehenden Zeitguthaben abzubauen oder zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen. Die Departemente sind sich der Problematik gemäss eigener Aussage bewusst und verfolgen die im Allgemeinen nach wie vor steigende Tendenz mit einer gewissen Sorge. Generell wird die Kontrolle über die Zeitguthaben als Führungsaufgabe bezeichnet. Die

Personalabteilung des Erziehungsdepartements etwa überprüft die Zeit- und Ferienrückstände aller Mitarbeitenden drei Mal pro Jahr und orientiert die vorgesetzte Stelle sowie die Departementsleitung. Erklärtes Ziel sei, dass in der Regel nicht mehr als fünf Ferientage ins Folgejahr übertragen werden. Abweichungen davon seien zu begründen – und gleichzeitig Massnahmen bezüglich Abbau des Ferienguthabens festzulegen.

Die Mitglieder des Regierungsrats weisen gleichzeitig darauf hin, dass sich einmal aufgebaute Zeitguthaben aus betrieblichen Gründen in der Regel nur noch schwer wieder reduzieren lassen. Trotzdem versuche man, in Vereinbarungen mit den betroffenen Mitarbeitenden darauf hinzuwirken, dass sie die Guthaben reduzieren.

Die Finanzkommission erachtet es als wichtig, aufgelaufene Zeitguthaben zeitnah wieder abzubauen. Bezieht ein Mitarbeitender seine Ferien während mehrerer Jahre nicht oder nur teilweise, dann ist ein Abbau der aufgelaufenen Guthaben ohne betriebliche Einschränkung kaum mehr möglich. Die Finanzkommission erwartet ferner, dass die geltenden Bestimmungen der Ferien- und Urlaubsverordnung zur Anwendung kommen. Diese hält fest, dass Ferienguthaben spätestens bis Ende Juni des Folgejahres zu beziehen sind. Im gegenteiligen Fall hat die vorgesetzte Stelle mit der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter eine Absprache über den Bezug der Ferien zu treffen – oder diese notfalls auch zuzuteilen. Um dies tatsächlich sicherzustellen, erachtet die Finanzkommission eine konsequentere Führung für notwendig.

*Finanzkommission
erwartet konse-
quentere Führung*

4.1.3 Pensionskasse Basel-Stadt

Die verschiedenen Sanierungen der Pensionskasse Basel-Stadt wirken sich in der Staatsrechnung 2011 auf unterschiedlichen Positionen aus:

- Für die Sanierung I, die so genannte Ausfinanzierung, sind der Pensionskasse für den Bereich Staat per 1.1.2008 CHF 1'379,3 Mio. überwiesen worden – CHF 805,8 Mio. zulasten des Arbeitgebers, CHF 573,6 Mio. zulasten der Arbeitnehmer. Während der Kanton seinen Beitrag 2010 erfolgswirksam ausgebucht hat, bauen die Arbeitnehmer den entsprechenden Vorschuss durch den Kanton erst über die Zeit ab. Die entsprechende Spezialfinanzierung im Eigenkapital – eine damals mehr der Politik als der Rechnungslegung geschuldete Finanzierungs konstruktion, die mit der neuen Rechnungslegung per 2013 neu verbucht werden wird – reduziert sich per Ende 2011 um CHF 19,4 Mio. auf CHF minus 471,4 Mio.
- Die Sanierung II führte für den Bereich Staat per 31.12.2010 zu einer neuerlichen Überweisung an die Pensionskasse von CHF 795,0 Mio. – je 50% zulasten Arbeitgeber und -nehmer. Während der Kanton seinen Anteil aus zuvor gebildeten Rückstellungen ebenfalls bereits vollständig finanziert hat, findet sich der hierfür gewährte Vorschuss

*PK-Sanierung I: Vor-
schuss für Arbeitneh-
mer bei CHF 470 Mio.*

*PK-Sanierung II: Vor-
schuss für Arbeitneh-
mer bei CHF 350 Mio.*

an die Arbeitnehmer, der sich ebenfalls über die Zeit abbaut, als separate Position auf der Aktivseite der Kantonsbilanz. Sie reduziert sich 2011 um CHF 28,5 Mio. auf CHF 346,3 Mio.

- Die genaue Ausgestaltung der anstehende Sanierung III ist noch offen; entsprechend sind bisher auch keine Mittel hierfür an die Pensionskasse geflossen. Bereits aber hat der Kanton CHF 146,0 Mio. für den Arbeitgeberanteil der sich bis Ende 2011 geöffneten Deckungslücke von 4,0% (Bereich Staat 3,2%) seinen Büchern belastet. In der Bilanz findet sich dieser Betrag unter den Rückstellungen im Fremdkapital.
- Eine vierte Pensionskassen-Position weist die kantonale Bestandesrechnung ebenfalls unter den Rückstellungen aus. Das Konto „PK Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen“ stellt eine Sammelposition dar, über die sämtliche Sanierungsbeiträge des Kantons für seine ausgelagerten Organisationen an verschiedene Kassen verbucht werden. Sie beläuft sich per Ende 2011 auf CHF 49,3 Mio.

*PK-Sanierung III:
Neue Rückstellungen
von CHF 150 Mio.*

Neu, wenn auch nicht gänzlich unerwartet, sind die Rückstellungen für die anstehende Sanierung III. Da der Deckungsbetrag der Pensionskasse Ende 2011 mehr als 95% beträgt, ist zwar eine umgehende Sanierung von Gesetzes wegen nicht zwingend. Auch lassen sowohl die aktuelle als auch die neue Rechnungslegung (ab 2013) einen gewissen Handlungsspielraum. Wie der Regierungsrat kommt aber auch die Finanzkommission zum Schluss, dass per Ende 2011 eine neuerliche Rechnungsbelastung angezeigt ist. Da sich mittlerweile ein Konsens darüber gebildet hat, dass die aktuelle Soll-Rendite der Pensionskasse mit 4,6% illusorisch hoch ist und ferner aufgrund von Vorgaben des Bundesgesetzgebers das Pensionskassengesetz ohnehin revidiert werden muss, ist es sehr wahrscheinlich, dass der Kanton – wann genau und in welchem Ausmass auch immer – neuerlich einen Sanierungsbeitrag leisten müssen. Die Finanzkommission hält allerdings in aller Deutlichkeit fest, dass mit dieser Rückstellung keinerlei Präjudiz geschaffen wird, was die Ausgestaltung der anstehenden Sanierung III betrifft. Ob und in welchem Ausmass weitere kantonale Mittel ausserordentlich an die Pensionskasse Basel-Stadt fliessen, bleibt genauso offen, wie wenn die Rückstellungen nicht gebildet worden wären.

*Keinerlei Präjudiz für
konkrete Ausgestaltung
der Sanierung III*

Auch die Finanzkontrolle unterstützt die neuerliche Pensionskassen-Rückstellung. Sie hält im Gegensatz zum Finanzdepartement aber fest, dass gemäss dem Prinzip der Stetigkeit künftig jede PK-Unterdeckung in der Staatsbuchhaltung abzubilden ist – unabhängig von der Frage, ob eine baldige Sanierung wahrscheinlich ist oder nicht. Weiter moniert sie, dass diese Rückstellung aufgrund einer provisorischen Berechnung der Deckungslücke vorgenommen worden ist und aus diesem Grund – inklusive jener für die Institutionen Universität Basel, Musikakademie, Sinfonie und Universitäts-Kinderspital beider Basel – in der Staatsrech-

nung um gut CHF 21 Mio. zu hoch ausgefallen ist. In Zukunft erwartet die Finanzkontrolle die Verbuchung definitiver Werte. Die Finanzkommission schliesst sich dieser Haltung an.

4.2 Internationale Partnerschaften

Die Finanzkommission hat sich bei allen Departementen nach deren Rolle in den offiziellen Städtepartnerschaften und weiteren internationalen Partnerschaften von Basel erkundigt. Gefragt hat sie weiter, ob sich der Erfolg aus diesen Partnerschaften monetär, ideell oder anderweitig messen lässt. In einem ausführlichen Hearing mit dem Präsidentialdepartement hat sie verschiedene Fragen vertieft.

Über offizielle Städtepartnerschaften verfügt Basel mit Shanghai seit 2007 und Miami Beach seit 2011. Daneben besteht seit 2002 ein so genanntes Sisterstate-Abkommen mit Massachusetts. Gemäss Aussagen des Regierungspräsidenten macht sich der Regierungsrat ferner darüber Gedanken, die im vergangenen Jahr aufgebaute Beziehung zu Moskau in einer noch zu definierenden Form zu verstetigen. Generell sei der Regierungsrat aber sehr zurückhaltend, was das Eingehen weiterer Städtepartnerschaften anbelangt. Die zahlreichen Anfragen anderer Städte beantwortet er in der Regel abschlägig. Es soll keine Partnerschaften geben, die nur aus einem Hinweis auf der Tafel bei der Ortseinfahrt bestehen. Vielmehr möchte sich der Regierungsrat auf die bestehenden Städtepartnerschaften konzentrieren und dafür auch gewisse Ressourcen aufwenden.

Zwei offizielle Städtepartnerschaften

Die Absicht von Auslandengagements (nicht nur im Rahmen von Städtepartnerschaften) ist es, an Orten Präsenz zu markieren, die für die international tätigen Basler Unternehmen von Bedeutung sind. Es geht dabei einerseits um deren Unterstützung im Sinne einer Türöffner-Funktion, andererseits darum, Verständnis für deren Bedürfnisse zu entwickeln. Um den Kanton als Standort zu vernetzen, ist auch der fachliche Austausch zwischen Verwaltungsstellen von Bedeutung. Dies bedingt jeweils die persönliche Präsenz von Mitgliedern des Regierungsrats und von hohen Chefbeamten. Koordiniert werden die Aktivitäten von der Abteilung für Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidentialdepartement.

Keine Partnerschaften ohne strategische Ziele

Der Regierungsrat betont, dass internationale Partnerschaften nicht von der Verwaltung initiiert werden, sondern jeweils auf Anfrage von Unternehmen aus für Basel wichtigen Branchen wie den Life Sciences, den Finanzen und Versicherungen, dem Messewesen oder dem Tourismus. So sei vor allem die Messe Schweiz an der Städtepartnerschaft mit Miami Beach stark interessiert. Der Austausch auf Regierungsebene helfe ihr, die Art Basel in Miami Beach zu positionieren.

Die Finanzierung von Auslandsauftritten erfolgt gemäss Regierungsrat im Sinne eines Public Private Partnership immer zu einem Drittel bis zur Hälfte durch die Wirtschaft. Für die Pflege und Weiterentwicklung der strategischen Marketingkooperationen, einschliesslich der Realisierung der einzelnen Aktivitäten und der Betreuung von Delegationen, stehen der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing 1,5 Stellen zur Verfügung. Daneben sind für die Pflege der Städtepartnerschaften in den Jahren 2009 bis 2011 ca. CHF 60'000 an Sachmitteln aufgewendet worden – 60% für Shanghai und je etwa 20% für Miami Beach und Massachusetts. Darin eingeschlossen sind auch die Besuche und Reisekosten von Regierungs- und anderen Delegationen.

Mitfinanzierung durch die Wirtschaft

Bei der Evaluation des Erfolgs prüft man, welchen Mehrwert ein Auslandsauftritt dem Tourismus, der Universität, dem Universitätsspital oder bestimmten Unternehmen gebracht hat. Zu diesem Zweck besteht ein Beirat Internationale Kooperationen, in dem eine grössere Zahl von Anspruchsgruppen vereinigt ist. Der Beirat macht sich Gedanken, wo die Mittel am besten eingesetzt werden. Die Wirkung von Auslandaktivitäten in Franken und Rappen zu messen ist allerdings nicht abschliessend möglich, wie der Regierungspräsident gegenüber der Finanzkommission einräumt.

Erfolg der Auslandaktivitäten wird evaluiert

Die aus Sicht des Regierungsrats bedeutendste Städtepartnerschaft ist diejenige mit Shanghai. Sie hat zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen geführt:

Ergebnisse aus der Partnerschaft mit Shanghai

- Kooperationen zwischen dem USB und dem Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) mit den Medical Schools dreier Universitäten in Shanghai: Die gemeinsamen Projekte ermöglichen zahlreichen talentierten Studierenden und jungen Forschenden einen wissenschaftlichen, aber auch kulturellen Austausch. Dieser Austausch unterstützt auch die Rekrutierung von Wissenschaftlern.
- Durchführung eines Jungmanager-Austauschprogramms zwischen Basel und Shanghai: Dieses wird 2012 von der Fachhochschule Nordwestschweiz übernommen und in Form eines CAS-Studiums weitergeführt.
- Realisierung des Auftrittes an der Worldexpo 2010 zusammen mit Genf und Zürich: Es sind zwei Millionen Pavillonbesuchern und eine grosse mediale Ausstrahlung in China verzeichnet worden.
- „Agenda setting“ hinsichtlich einer Fracht-Flugverbindung zwischen Basel und Shanghai (Anliegen des Euroairports) sowie der Ansiedlung von Pandabären im Zoo Basel (Anliegen der Zoo-Direktion).
- Realisierung eines kulturellen Austausches im Rahmen von Culturescapes China im Jahr 2010.
- Institutioneller Informationsaustausch im Bereich Hafenindustrie (Förderung bei den Schweizerischen Rheinhäfen).

- Institutioneller Informationsaustausch im Bereich Berufsbildung sowie Schüleraustausch.
- Institutioneller Informationsaustausch in den Bereichen Stadt- und Raumentwicklung.
- Standortförderung und -promotion mit dem Ziel, zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu generieren.
- Prüfung der Realisierung eines Konfuzius-Institutes an der Universität Basel.

Noch weniger weit gediehen sind die Kooperationen mit der Stadt Moskau. Im Gesundheitsbereich ist im März 2012 ein Memorandum of Understanding unterzeichnet worden, und das USB hat eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Neben dem Präsidialdepartement und nachgelagert dem Gesundheitsdepartement engagieren sich das Bau- und Verkehrsdepartement, das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie das Erziehungsdepartement in den institutionalisierten internationalen Partnerschaften des Kantons fallweise und nach eigenen Angaben eher bis sehr zurückhaltend. Ausserhalb von China hat sich das Finanzdepartement engagiert – und keinerlei Aktivitäten entfaltet in diesem Rahmen das Justiz- und Sicherheitsdepartement.

Die Finanzkommission anerkennt die zunehmende Bedeutung des internationalen Austausches – gerade für eine kleine offene Volkswirtschaft mit einer global ausgerichteten Wirtschaftsstruktur, wie sie Basel kennt. Sie kann im Weiteren nachvollziehen, dass die ordnungspolitische Situation in Ostasien oder -europa die direkte Beteiligung des Kantons im Dienst der hiesigen Wirtschaft nötig machen kann. Sie begrüsst denn auch, dass nur Partnerschaften eingegangen werden, an der sich die Privatwirtschaft massgebend beteiligt. Dass sich der Nutzen nicht frankenmässig beziffern lässt, ist für die Finanzkommission nachvollziehbar.

*Finanzkommission
anerkennt Bedeutung
des internationalen
Austauschs...*

Gleichzeitig zeigt sich die Finanzkommission mit der ihr gegenüber ausgedrückten Zurückhaltung des Präsidialdepartements, weitere offizielle Partnerschaften einzugehen, sowie der sechs Fachdepartemente, sich daran zu beteiligen, sehr einverstanden. Letztlich, sind sich der Regierungsrat und die Finanzkommission einig, dürfen die internationalen Partnerschaften – bei aller Bedeutung im Einzelnen – nicht überschätzt werden. Die regionalen und nationalen Kooperationen sind für den Kanton von grösserer und direkterer Bedeutung – und nehmen denn auch zeitlich und finanziell ungleich mehr Raum ein. Dies könnte gleichzeitig auch die zuweilen aufkommende Kritik an den internationalen Partnerschaften relativieren. Gemäss Abschätzung der Finanzkommission schlagen diese Kooperationen mit jeweils deutlich unter CHF 300'000 zu Buche – und liegen damit in der alleinigen Finanzkompetenz des Regie-

*...und begrüsst Zu-
rückhaltung bei neuen
Engagements*

rungsrates. Im Vergleich dazu hat der deutlich weniger prestigeträchtige Auftritt als Gastkanton an der OLMA in St. Gallen im Jahr 2010 die Basler Staatskasse mit CHF 340'000 belastet. Gesonderte Grossprojekte wie die halbjährige Präsenz des Kantons an der Worldexpo in Shanghai aber werden bzw. wurden dem Grossen Rat jeweils separat vorgelegt.

Im Rahmen der Erörterung der internationalen Beziehungen des Kantons hat sich die Finanzkommission nach den Flugreisen der drei letzten Jahre erkundigt. Die entsprechenden Werte finden sich – aufgeschlüsselt nach Departement – in Tabelle 4-3.

Flugreisen von Kantonsangestellten ...

Tabelle 4-3: Flugreisen nach Departement

Departement	2009	2010	2011
Präsidialdepartement	81	72	90
Bau- und Verkehrsdepartement	12	7	27
Erziehungsdepartement ¹	26	29	18
Finanzdepartement	4	4	4
Gesundheitsdepartement	9	7	18
Justiz- und Sicherheitsdepartement	9	4	21
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	4	5	7
Total	136	128	185

¹ ohne Studien- und Maturereisen von Schulen

Eine Flugreise entspricht jeweils einem Hin- und einem Rückflug

Die Flugreisen der Kantonsverwaltung gehen nur zu einem kleinen Teil auf die Städtepartnerschaften zurück. So steht bei den Flügen von Mitarbeitenden des Justiz- und Sicherheitsdepartements keine einzige in diesem Zusammenhang. Grund für Flugreisen waren vielmehr die Begleitung von Fussballspielen, Beschaffungen, Fahndungen der Kantonspolizei und Reisen für Ausbildung und Trainingszwecke. Beim Erziehungsdepartement entfällt ein Grossteil der Flugreisen auf die Weiterbildung von Lehrpersonen – unter anderem für die Einführung des International Baccalaureate (IB) an Basler Gymnasien. Die höchste Zahl an Flugreisen weist das Präsidialdepartement auf, bei dem auch die meisten Repräsentanzpflichten im Ausland anfallen. Etwa 80% aller Flüge im Präsidialdepartement werden allerdings von den kantonalen Museen, vor allem vom Kunstmuseum, gebucht. Die Departemente halten fest, dass die Wahl des Transportmittels jeweils von den Faktoren Zeit und Geld abhängt. Häufig sind Flüge günstiger als Reisen mit dem Zug. Überdies hat die kürzere Reisedauer den Vorteil, dass die Mitarbeitenden rascher wieder an ihrem Arbeitsplatz verfügbar sind.

... nur zu kleinem Teil in Zusammenhang mit Städtepartnerschaften

Die kantonale Spesenordnung hat bisher vorgesehen, dass grundsätzlich nur die Kosten für Flugbillette der Economy-Class vergütet werden. Dennoch sind höhere Kantonsangestellte vor allem im Interkontinentalbereich auch in der Vergangenheit Business-Klasse geflogen, was die

Spesenverordnung erlaubt neu Flüge in der Business-Klasse

Finanzkontrolle kritisch angemerkt hat. Seit 1.1.2012 erlaubt die revidierte Spesenverordnung ab einer Flugzeit von fünf Stunden „den Dienststellenleitenden und deren Stellvertretungen sowie den Generalsekretärinnen bzw. -sekretären die Kosten für die Business Class“ zu vergüten. Sinngemäss gilt dies auch für die Mitglieder des Regierungsrats.

4.3 Beschaffungswesen

Die Finanzkommission hat festgestellt, dass die Dienststellen die Beschaffung von Büromaterial und anderen Gebrauchsgegenständen unterschiedlich handhaben. Sie hat sich deshalb bei den Departementen nach den entsprechenden Strategien erkundigt. Alle beziehen Büromaterial bei der Materialzentrale des Erziehungsdepartements – teils zentral via Departement koordiniert, teils dezentral durch die einzelnen Dienststellen. Die unterschiedliche Handhabung begründet sich unter anderem mit dem Umstand, dass die Arbeitsplätze der Departemente räumlich unterschiedlich stark konzentriert sind. Artikel, die die Materialzentrale nicht im Sortiment hat, werden auf dem freien Markt bezogen. Einzelne Departemente und Dienststellen haben hierbei Rabatte mit den Lieferanten vereinbart.

Unterschiedliche Beschaffungsstrategien

Ferner hat der Kanton für Möbelkäufe mit der Firma Lista einen Rahmenvertrag abgeschlossen. Der Einkauf von Computer-Hardware erfolgt ebenfalls über Rahmenverträge, bei Softwarebeschaffungen werden die von der Schweizerischen Informatikkonferenz ausgehandelten Sonderbedingungen bei bestimmten Herstellern genutzt. Im Rahmen des derzeit laufenden Projekts WorkplaceBS soll der Einkauf von Hard- und Software und von Lizenzen im IT-Bereich standardisiert und noch stärker zentralisiert werden.

Rahmenverträge mit privaten Lieferanten

Eine eigene Materialbeschaffungsstelle hat vor rund drei Jahren das Justiz- und Sicherheitsdepartement etabliert. Diese kümmert sich zentral um alle Beschaffungen des Departements – vom Briefpapier bis zu Fahrzeugen. Die Beschaffungen sollen dank der Zentralisierung bei mindestens gleicher Qualität günstiger erfolgen. Nach einer Erhebung des gesamten Material- und Lieferantenportfolios hat die Anzahl der Lieferanten reduziert und haben Standardisierungsprojekte mit den jeweiligen Bedarfsträgern realisiert werden können.

Eigene Materialbeschaffungsstelle im Justiz- und Sicherheitsdepartement

Mit Beschluss vom 20.4.2010 hat der Regierungsrat das Erziehungs- sowie das Finanzdepartement beauftragt zu prüfen, ob die Materialzentrale ihre Leistungen wirtschaftlich erbringt oder ob das Material auf dem freien Markt allenfalls kostengünstiger bezogen werden könnte. Diese Untersuchung kam zum Schluss, dass die Beschaffungen durch die Materialzentrale dank des eingesetzten „Enterprise Resource Planning-System“, der laufenden Kostenkontrolle und permanenter externer Preis- und Leistungsvergleiche effizient und wirtschaftlich erfolgen.

Materialzentrale des Kantons arbeitet effizient und wirtschaftlich

Die Effizienz der Materialzentrale liesse sich gemäss der Untersuchung weiter steigern, würden die Departemente sämtliches Büromaterial dort beschaffen. Das Finanzdepartement hat deshalb vom Regierungsrat den Auftrag erhalten, das Potenzial eines erweiterten zentralen Einkaufs mittels Erhebung und Bewertung der Ist-Situation aufzuzeigen und in Zusammenarbeit mit den relevanten Stellen eine Beschaffungsstrategie auszuarbeiten. Die Ergebnisse des in diesem Zusammenhang initiierten Projekts „Zentraler Einkauf“ liegen noch nicht vor. Die Finanzkommission begrüsst das Bestreben nach mehr Effizienz auch bei der Materialbeschaffung.

*Ergebnisse aus Projekt
„Zentraler Einkauf“
noch ausstehend*

5. Spezifische Themen

5.1 Präsidialdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	165,1	2,7 (1,7%)	2,7 (1,7%)
Ertrag	19,6	0,5 (2,4%)	-0,2 (-1,0%)
ONA ¹	145,5	2,2 (1,6%)	2,9 (2,0%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	378,7	371,1	+7,6

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Präsidialdepartement verzeichnet einen um CHF 2,2 Mio. über dem Budget liegenden ONA, was einer Abweichung von 1,6% entspricht. Einen Mehraufwand von CHF 1,7 Mio. gegenüber Budget weist die Archäologische Bodenforschung auf, die 2011 umfangreiche Rettungsgrabungen im ehemaligen Hafen St. Johann und auf dem Münsterhügel durchgeführt hat. Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 14.8.2007 kann sie das jeweilige Jahresbudget für Grabungen auf dem ehemaligen Hafen St. Johann überziehen, solange der Gesamtkredit eingehalten ist. Für das Jahr 2011 belaufen sich die entsprechenden Ausgaben auf knapp CHF 1,7 Mio. Überschritten hat das Budget ferner die Abteilung Kultur. Nach dem negativen Volksentscheid im Kanton Basel-Landschaft betreffend Subventionierung des Theaters Basel hat der Grosse Rat einem zusätzlichen Strukturbeitrag zugestimmt. Gegen die Empfehlung des Regierungsrats hat er überdies eine jährliche Subventionierung des Sportmuseums beschlossen.

Archäologische Bodenforschung und Kultur über Budget

Der Anstieg des Headcounts um knapp acht Stellen begründet sich mit Erhöhungen in verschiedenen Dienststellen und fällt zu grossen Teilen rechnungsneutral aus. Im Detail hat dies die Finanzkommission in ihrem Bericht zum Budget 2011 dargelegt.

5.2 Bau- und Verkehrsdepartement

5.2.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	259,6	0,7 (0,3%)	3,5 (1,4%)
Ertrag	100,5	0,6 (0,6%)	-4,4 (-4,2%)
ONA ¹	159,1	0,1 (0,0%)	7,9 (5,2%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	917,3	891,9	+25,4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Bau- und Verkehrsdepartement erzielt mit einem ONA von CHF 159,1 Mio. eine eigentliche Punktlandung. Innerhalb des Budgets ist es aber zu Verschiebungen gekommen. So mussten aufgrund von Projektverschiebungen die beim Hochbau- und Planungsamt zusätzlich budgetierten Personalaufwendungen von CHF 1,0 Mio. nur teilweise bereitgestellt werden. Trotzdem haben das Hochbau- und Planungsamt und auch das Tiefbauamt ihren Headcount um je gut zwölf Stellen sogar etwas stärker als budgetiert erhöht.

ONA des Bau- und Verkehrsdepartements entspricht Budgetvorgabe

Das Tiefbauamt verzeichnet im Sachaufwand Mehrausgaben gegenüber dem Budget von CHF 1,7 Mio. ONA-relevant sind dabei der höhere Fahrzeugunterhalt von CHF 0,5 Mio. infolge längerer Einsatzzeiten in der Stadtreinigung sowie die um CHF 0,3 Mio. steigenden internen Mietkosten aufgrund des zunehmenden Platzbedarfs. Dieser Mehraufwand wird durch Ausgabensenkungen bei der Stadtgärtnerei teilweise kompensiert. Auf der Ertragsseite fallen ebenfalls beim Tiefbauamt die um CHF 0,6 Mio. unter Budget liegenden Erträge aus dem vom Bund erhobenen Benzinzoll ins Gewicht.

5.2.2 Rückstellungen Basler Verkehrs-Betriebe

Die Finanzkontrolle äussert in ihrem Erläuterungsbericht zur Staatsrechnung 2011 Bedenken über die den Basler Verkehrs-Betrieben (BVB) vom Kanton zufließenden Mittel für Abschreibungen und Zinsaufwände. Weil die effektiven Abschreibungen und Zinszahlungen weniger hoch sind als die dafür ausgerichteten Beträge, bilden die BVB mit den überschüssigen Mitteln Rückstellungen. Die so genannte Abschreibungsplafonierung hat 2011 um CHF 5,1 Mio. auf CHF 19,0 Mio. zugenommen, die Zinsplafonierung um CHF 1,5 Mio. auf CHF 3,2 Mio. Die Finanzkontrolle empfiehlt der Abteilung Mobilität im Bau- und Verkehrsdepartement, die Summe der aufgelaufenen Plafonierungen bei den nächsten Abgeltungen des Kantons an die BVB in Abzug zu bringen.

Finanzkontrolle hinterfragt Rückstellungspolitik der BVB

Sie wirft die Frage auf, ob es sich bei den Rückstellungen nicht eher um allgemeine Reserven handelt.

Die Finanzkommission hat sich an einem ausführlichen Hearing mit dem Bau- und Verkehrsdepartement mit der Frage auseinandergesetzt, ob die gebildeten Rückstellungen der BVB Abbild von zu hohen Abgeltungen des Kantons sind. Ausserdem hat sie die Frage aufgeworfen, ob die Plafonierungen mit den Vorgaben der Rechnungslegung vereinbar sind.

Die BVB weisen die Rückstellungen aus der Abschreibungsplafonierung in der Bilanz unter dem Fremdkapital transparent aus. Gemäss Auskunft des Bau- und Verkehrsdepartements entspricht dies den Rechnungslegungsvorschriften der BVB, die der Verordnung des Bundes über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmungen und den Bestimmungen im Obligationenrecht folgt. Die Revisionsstelle Ernst & Young AG hat die Jahresrechnung der BVB in den letzten Jahren jeweils ohne Vorbehalt zur Genehmigung empfohlen.

*Rechnungslegungs-
vorschriften eingehal-
ten*

Die Zahlungen des Kantons an die BVB lassen sich folgendermassen kategorisieren:

- Die Abgeltung der Verkehrsleistung ist Teil des ÖV-Globalbudgets und umfasst unter anderem die Finanzierungskosten (Amortisation und Verzinsung) für die verzinslichen und rückzahlbaren Darlehen gemäss § 17 BVB-OG.
- Investitionen in feste Anlagen der Bahninfrastruktur gemäss § 16 BVB-OG erfolgen in Form von à-fonds-perdu-Beiträgen des Kantons und erhöhen das Dotationskapital der BVB. Sie finden sich auf der Investitionsübersichtsliste im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr. Die Summe der Abschreibungen auf diesen Anlagen fliesst von den BVB an den Kanton und reduziert das Dotationskapital wieder.
- Der Subventionsbeitrag des Kantons an das Umweltschutz-Abonnement (pro Monat CHF 25 an Einwohner von Basel und CHF 12,50 an Einwohner von Riehen und Bettingen) ist ebenfalls Teil des ÖV-Globalbudgets, wird aber wie die übrigen Fahrgasteinnahmen in die Erfolgsrechnung des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) verbucht. Der Gesamterlös des TNW wird in Abhängigkeit von der Nachfrage (beförderte Personen und zurückgelegte Personenkilometer) auf die sechs Transportunternehmen im TNW verteilt. Die BVB erhalten rund 49% der Erlöse.

Bei den Rückstellungen „Abschreibungsplafonierung“ geht es um Investitionen gemäss § 17 BVB-OG, also um Darlehen wie aktuell im Ratsschlag 12.0389.01 betreffend Genehmigung einer Darlehensgewährung an die BVB zur Beschaffung von sechzig Tramzügen.

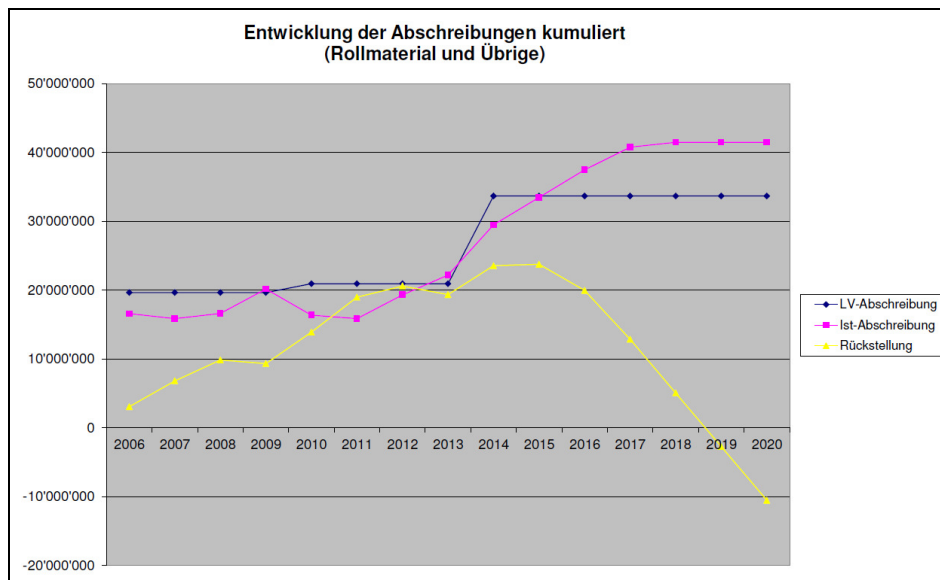
Im Rahmen des Verselbständigungsprozesses waren die Investitionen gemäss § 17 BVB-OG und die damit verbundenen Finanzierungskosten – Abschreibungen und Zinsen – ein Kernthema. Das Finanzdeparte-

*Grundsatzentscheid
bei Auslagerung
der BVB*

ment stellte sich auf den Standpunkt, die von den BVB mittelfristig benötigten Finanzierungsmittel sollten ohne Grossprojekte wie die Trambeschaffung oder den Umbau des Depots Wiesenplatz berechnet werden. Dies geschah nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Grosse Rat bei solchen Vorhaben über die Gewährung von Darlehen noch ein Mitspracherecht hat.

Für die übrigen – kleineren – Investitionen, über die die BVB selber entscheiden, sollte die Finanzierung hingegen über die jährliche Abgeltung sichergestellt werden. Dabei hat man die Finanzierungskosten in die Kategorien „Rollmaterial/Fahrzeuge“ und „Übrige“ aufgeteilt. Die Belastung für den Kanton sollte dabei nur alle vier Jahre – mit einem jeweils nächsten ÖV-Programm – angepasst werden. Diese Methode hat seit der Verselbständigung der BVB zu einem Aufbau von Rückstellungen für Abschreibungen und Zinsen geführt, da die entsprechenden Aufwände bei den BVB unregelmässig anfallen. Ein Überblick über die effektiven Abschreibungen und die dafür erhaltenen Mittel gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Kanton gibt Abbildung 5-1. Es zeigt sich, dass die Rückstellungen für Abschreibungsplafonierungen in den Jahren 2014 und 2015 einen Höhepunkt erreichen und danach wieder sinken. Unter der Annahme, dass der Beitrag des Kantons nicht angepasst wird, sind die Rückstellungen im Jahr 2019 vollständig abgebaut.

Abbildung 5-1: Entwicklung der Abschreibungen



Eine Aufhebung der heutigen Praxis würde zu grösseren Schwankungen des ÖV-Globalbudgets führen und hätte Auswirkungen auf die Finanzplanung des Kantons. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat der Finanzkommission versprochen, mit dem Finanzdepartement und den BVB die Höhe des Abgeltungsbetrags für Verkehrsleistungen neu zu

*Abschreibungsglättung
in Diskussion –
Finanzkommission
bleibt am Ball*

verhandeln und die Auswirkungen der Abschreibungsglättung auf die Entwicklung der Eigenmittel zu diskutieren. Die Finanzkommission wird sich über die Ergebnisse orientieren lassen.

5.2.3 Investitionsübersichtsliste

Im Anhang zur Investitionsrechnung findet sich im Jahresbericht des Regierungsrats jeweils die so genannte Investitionsübersichtsliste (IÜL; vgl. Jahresbericht 2011, Seiten 400ff). In dieser finden sich sämtliche aktuellen Investitionsprojekte des Kantons mit Angabe des Gesamtkredits, dessen bisheriger Ausschöpfung sowie dem finanzrechtlichen Status. Auch informiert die IÜL über den Stand der Abrechnung von abgeschlossenen Vorhaben. Der Grossteil der in der IÜL abgebildeten Investitionsprojekte betrifft das Bau- und Verkehrsdepartement.

Bei der Durchsicht der IÜL im Jahresbericht 2011 sind der Finanzkommission Investitionen aufgefallen, deren Darstellung oder Entwicklung nicht nachvollzogen werden kann. Die Überprüfung liess sie in verschiedenen Fällen zum Schluss kommen, dass es sich offensichtlich um Fehler handelt. Unkorrekte Einträge in der IÜL waren auch schon in Jahresrechnungen und Budgets der letzten Jahre zu beklagen. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass es bei der Erstellung und Überprüfung der IÜL an der nötigen Sorgfalt fehlt. Die Finanzkommission erwartet künftig eine mit Akribie erstellte IÜL.

*Mangelnde Sorgfalt bei
Erstellung der IÜL*

5.3 Erziehungsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	1018,5	-2,8 (-0,3%)	19,2 (1,9%)
Ertrag	157,9	5,5 (3,6%)	7,9 (5,3%)
ONA ¹	860,6	-8,3 (-1,0%)	11,3 (1,3%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	2'986,7	2'934,9	+51,8

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Erziehungsdepartement unterschreitet den budgetierten ONA um 1,0% oder CHF 8,3 Mio. Rund CHF 2 Mio. davon entfallen auf nicht beanspruchte Projektmittel vor allem für die Schulharmonisierung, etwa CHF 1 Mio. auf Minderausgaben für Material und CHF 0,4 Mio. auf einen geringeren Wasser- und Energieverbrauch. Um CHF 4,5 Mio. höher als erwartet fallen auf der Ertragsseite die Beiträge für eigene Rechnung aus, zu etwa zwei Dritteln dank höherer Bundessubventionen im Zusammenhang mit der Berufsbildung. Negativ ins Gewicht fallen die Auf-

*Erziehungsdepartement leicht unter
Budget*

lösung von Rücklagen bei den Schulheimen von CHF 0,6 Mio. sowie nicht budgetierte Abschreibungen von CHF 0,3 Mio. Letztere gehen unter anderem auf die Rückstellung einer Forderung der St. Jakobshalle gegenüber einem Konkurs gegangenen Veranstalter zurück.

Der um 52 Stellen höhere Headcount begründet sich unter anderem mit einem Mehrbedarf aufgrund der Leitungsreform Volksschulen (14 Stellen) sowie der Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung (11 Stellen) und des Projekts Schulharmonisierung (7 Stellen). Die Überführung des Lehrgangs „Diplomierte Fachkraft Höhere Fachschule“ der Bethesda-Pflegeschule ins Bildungszentrum Gesundheit führt rechnungsneutral zu 13 zusätzlichen Stellen.

*Headcount erhöht sich
um 52 Stellen*

5.4 Finanzdepartement

5.4.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	98,9	-1,9 (-1,9%)	4,6 (4,9%)
Ertrag	55,9	1,9 (3,5%)	18,0 (47,5%)
ONA ¹	42,9	-3,8 (-8,1%)	-13,5 (-23,9%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	472,2	468,0	+4,2

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Ergebnis des Finanzdepartements fällt sowohl beim Aufwand als auch beim Ertrag um knapp CHF 2 Mio. besser als budgetiert aus. Auf Ebene ONA bedeutet dies eine Unterschreitung um 8,1%. Der um CHF 2,5 Mio. deutlich unter dem Budget liegende ONA des Zentralen Personaldienstes begründet sich unter anderem mit Vakanzen beim Projekt Come back. Dass der Headcount im Finanzdepartement insgesamt dennoch zunimmt, erklärt sich mit temporären Stellen in der Finanzverwaltung in Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Rechnungslegung auf Anfang 2013 sowie bei der Steuerverwaltung zur Bewirtschaftung von Verlustscheinen.

*Finanzdepartement
deutlich unter Budget*

5.4.2 Steuerrevisorat

Die Steuerverwaltung unterhält schon länger ein Revisorat für natürliche Personen, das aus fünf Mitarbeitenden besteht. Es beschäftigt sich mit besonders komplexen Steuerfällen vor allem von Selbständigerwerbenden und Einzelfirmen, nimmt – auch extern direkt bei den Firmen – gezielte Buchprüfungen vor und beschäftigt sich schwerpunktmässig mit

*Steuerrevisorat für
komplexe Fälle*

gewissen Branchen oder Themen. So hat es sich jüngst etwa mit Fällen von Schwarzarbeit im Baugewerbe oder Mehrwertsteuerfragen im Taxigewerbe auseinandergesetzt.

Für Kapitalgesellschaften besteht seit 2009 ein separates Revisorat. Das Budget 2011 hat mit mehrheitlicher Unterstützung der Finanzkommission vorgesehen, dessen Bestand von zwei auf vier Mitarbeitende zu verdoppeln. Obwohl diese Stellen zu Gunsten eines temporären Ausbaus zur Verlustscheinbewirtschaftung bisher nicht besetzt worden sind, steigen die Erträge des Steuerrevisorats zwischen 2010 und 2011 massiv von CHF 13,6 Mio. auf CHF 51,1 Mio. (vgl. Tabelle 5-1).

Erträge aufgrund Einzelfall zwischen 2010 und 2011 deutlich gestiegen

Tabelle 5-1: Erträge Steuerrevisorat

in CHF	2008	2009	2010	2011
Natürliche Personen				
Nachsteuern Kanton	1'386'927	1'537'147	2'100'204	1'514'715
Strafsteuern Kanton	374'917	1'059'998	1'239'111	1'546'454
Mehrertrag laufende Veranlagungen Kanton		932'325	1'574'654	239'289
Total Kanton	1'761'844	3'529'470	4'913'969	3'300'458
Nachsteuern Bund	444'144	204'048	687'562	419'863
Strafsteuern Bund	122'406	112'614	344'961	538'388
Mehrertrag laufende Veranlagungen Bund		259'463	583'828	22'563
Total Bund	565'550	576'125	1'616'351	980'814
Juristische Personen				
Nachsteuern Kanton			2'063'545	31'457'004
Strafsteuern Kanton			2'148'700	115'400
Bussen Verletzung Verfahrenspflichten			12'900	3'500
Mehrertrag laufende Veranlagungen Kanton			554'735	1'131'327
Total Kanton			4'779'880	32'707'231
Nachsteuern Bund			718'681	10'350'170
Strafsteuern Bund			766'600	76'500
Mehrertrag laufende Veranlagungen Bund			841'172	3'710'037
Total Bund			2'326'453	14'136'707
TOTAL	2'327'394	4'105'595	13'636'653	51'125'210

Die deutliche Ertragssteigerung geht vor allem auf die Zunahme der kantonalen Nachsteuern bei den juristischen Personen auf über CHF 31 Mio. – mehr als das Zehnfache – zurück, was sich mit einem ausserordentlichen Einzelfall erklären lässt. Diesen hat die Finanzkommission mit der Steuerverwaltung im Detail erörtert. Es habe sich um einen komplexen, international gelagerten Fall gehandelt, der sich im Wesent-

lichen um die Frage drehte, welche Erträge in welchem Land zu versteuern seien. Das betroffene Unternehmen habe sich sehr kooperativ verhalten, was sich auch darin zeigt, dass die Strafsteuern 2011 bei den juristischen Personen nicht steigen, sondern deutlich abnehmen. Ob dieser Fall auch ohne das separate Revisorat für juristische Personen aufgedeckt worden wäre, bleibt gemäss Steuerverwaltung offen.

Die Erträge des Steuerrevisorats bei den natürlichen Personen – 2011 haben die Nachsteuern ab-, die Strafsteuern zugenommen – folgen gemäss Steuerverwaltung keinem bestimmten Trend. Die meisten Fälle gehen auf Selbstanzeigen, etwa durch die Erben nach einem Todesfall, zurück. Während es bei den Nachsteuern samt Zinsen keine Kulanz gebe, habe die Steuerverwaltung bei den Strafsteuern einen gewissen Ermessensspielraum. Je mehr der Betroffene zur Aufklärung eines Falls beiträgt, desto geringer fallen diese aus. Stellt die Steuerverwaltung einen Steuerbetrug fest, reicht sie Anzeige ein, und die Zuständigkeit wechselt von ihr zur Staatsanwaltschaft.

*Ermessensspielraum
bei Strafsteuern*

5.5 Gesundheitsdepartement

5.5.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	1337,7	63,9 (5,0%)	68,3 (5,4%)
Ertrag	836,2	55,8 (7,2%)	80,0 (10,6%)
ONA ¹	501,5	8,0 (1,6%)	-11,8 (-2,3%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	5'172,0	5'022,1	+149,9

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Gesundheitsdepartement übertrifft den budgetierten ONA um CHF 8,0 Mio. oder 1,6%. Der Aufwand liegt um 5,0%, der Ertrag um 7,2% über dem Voranschlag. Die Ursache für die Überschreitung der Budgetwerte liegt im Ergebnis der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) zum einen, in einer nicht korrekten Budgetierungsabgrenzung zwischen Gesundheitsdepartement und Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt bei der neuen Pflegefinanzierung zum anderen.

*Erneuter Leistungs-
ausbau an kantons-
eigenen Spitälern*

Der Leistungsausbau der drei kantonseigenen Spitäler führt zu einem um 140 Stellen höheren Headcount und einem teuerungsbereinigt rund CHF 31 Mio. über dem Voranschlag liegenden Personalaufwand. Der Sachaufwand liegt um CHF 17,5 Mio. höher als veranschlagt, zu rund CHF 10 Mio. Folge des weiterhin steigenden medizinischen Bedarfs.

Im Gegensatz zu den beiden anderen kantonalen Spitälern liegt der ONA der UPK mit CHF 51,5 Mio. deutlich über Budget und Vorjahr. Ein Grund dafür liegt in der Erhöhung einer Rückstellung für ein Forschungsprojekt der Europäischen Union (EU) von CHF 1,4 Mio. auf CHF 6,0 Mio. Da dieses Projekt gemäss Gesundheitsdepartement „administrative Mängel“ aufweist, stehen Rückforderungen der EU im Raum. Die Finanzkommission, die sich bereits in den Vorjahren damit befasst hatte, liess sich versichern, dass allfällige nicht benötigte Rückstellungen von den UPK in die Staatskasse zurückfliessen.

Neuerliche Rückstellung für Forschungsprojekt bei UPK

Die Kantonsbeiträge an Personen in Pflegeheimen betragen brutto CHF 81,3 Mio. und liegen damit unter dem budgetierten Betrag von CHF 84,2 Mio. Die durch die neue Pflegefinanzierung ausgelösten Mehrkosten fallen insgesamt etwas tiefer aus als erwartet (vgl. Kapitel 5.5.3).

Aufwand für neue Pflegefinanzierung unter Erwartungen

5.5.2 Universitätsspital Basel

Die Rechnung 2011 des Universitätsspitals Basel (USB) ist die letzte als Dienststelle des Kantons. Auf Anfang 2012 ist das USB – wie auch das Felix Platter-Spital und die UPK – in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt verselbstständigt worden. Vor der Auslagerung hat das USB seine Position als Zentrumsspital weiter gestärkt. 2011 hat es die Zahl der stationären Patienten im Vergleich zum Vorjahr um 1,6% gesteigert, die Bettenbelegung ist von 94,8% auf 95,1% gestiegen. Ebenfalls im Fokus stand im Berichtsjahr die Einführung der neuen Spitalfinanzierung.

Starker Ausbau vor Verselbstständigung,...

Der ONA 2011 verbessert sich gegenüber Budget um CHF 10,9 Mio. und liegt gar um CHF 14,6 Mio. unter dem Vorjahr. Der Aufwand steigt gegenüber 2010 um CHF 64,7 Mio. auf CHF 833,9 Mio., der Ertrag um CHF 79,2 Mio. auf CHF 674,3 Mio. Die Zahl der Vollzeitstellen hat sich um 130 auf 3'640 erhöht.

...aber tieferer ONA

Mit Einverständnis des Regierungsrats hat das USB – wie auch das Felix Platter-Spital und die Universitären Psychiatrischen Kliniken – bereits in der Rechnung 2011 pro rata Rückstellungen für künftige Dienstaltersgeschenke in Höhe von CHF 11,3 Mio. abgegrenzt (vgl. Kapitel 4.1.2). In der Eröffnungsbilanz des USB per 1.1.2012 hat dies eine Erhöhung des Fremdkapitals, in der Staatsrechnung 2011 eine Verschlechterung des Ergebnisses um den genannten Betrag zur Folge.

Rückstellungen für künftige Dienstaltersgeschenke

Nach den ersten Monaten seit Einführung der Fallkostenpauschalen per 1.1.2012 klagt das USB zusammen mit den anderen schweizerischen Universitätskliniken über finanziellen Benachteiligungen. Die Universitätsspitäler erhalten naturgemäss vor allem die besonders komplexen und kostenintensiven Fälle überwiesen. Dies werde im System der Fallkostenpauschalen ungenügend berücksichtigt. Ungelöst ist gemäss Angaben der Universitätsspitäler auch die Problematik der Weiterbildungs-

Nach Einführung der Fallpauschalen beklagen Universitätsspitäler Benachteiligungen

kosten der Assistenzärzte sowie der stetig steigenden ambulanten Behandlungskosten. Solange hier nicht auf Bundesebene eine Lösung gefunden werde, liege das USB gegenüber denjenigen Häusern im Nachteil, die hiervon weniger betroffen sind. Im Detail hat sich die Finanzkommission zu dieser Thematik im Rahmen ihrer Berichterstattung zum Ratschlag zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen in basel-städtischen Spitälern geäußert.

5.5.3 Neue Pflegefinanzierung

Seit dem 1.1.2011 gilt gesamtschweizerisch ein neues Modell für die Pflegefinanzierung. Die in Pflegeheimen anfallenden Kosten werden dabei aufgeteilt in Pflegekosten einerseits, in Hotellerie- und Betreuungskosten andererseits.

Anhand von zwölf Intensitätsstufen werden für jeden Pflegeheimbewohner so genannte Normpflegekosten von zwischen CHF 9 und CHF 204,80 pro Tag festgelegt. Gemäss der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) des Bundes übernimmt die Krankenkasse des Bewohners davon je nach Pflegestufe zwischen CHF 9 und CHF 108. Der Bewohner selbst leistet einen Eigenbeitrag von maximal 20% des KLV-Ansatzes – in der höchsten Pflegestufe CHF 21,60. Der verbleibende Differenzbetrag – je nach Pflegestufe zwischen CHF 0 und CHF 75,20 – geht zu Lasten des Kantons bzw. der Gemeinde.

Gemischte Finanzierung der Pflegekosten durch Bewohner, Kassen und Kanton

Die Kosten für Hotellerie und Betreuung trägt grundsätzlich der Bewohner selbst. Sie betragen im Kanton Basel-Stadt einheitlich CHF 167 pro Tag. Bewohner, die diese Mittel nicht (vollständig) selber aufbringen können, erhalten Ergänzungsleistungen. Lediglich 40% der Pflegeheimbewohner in Basel-Stadt bezahlen Hotellerie- und Betreuungskosten vollständig selber.

Finanzierung von Hotellerie und Betreuung grundsätzlich durch Bewohner

Ein Vergleich der Verteilung des gesamten Taxvolumens auf die drei Kostenträger zwischen 2010 und 2011 ergibt folgendes Bild: Die Bewohner haben 2010 52% an die Gesamtkosten beigetragen, der Kanton via Ergänzungsleistungen 27% und die Krankenversicherer 21%. 2011 liegt der Anteil der Bewohner noch bei 48% – 7% als Eigenbeitrag an die Pflegekosten und 41% der Hotellerie- und Betreuungskosten. Der Anteil der Krankenversicherer liegt bei 20%, derjenige des Kantons bei 32%. Der Kantonsbeitrag teilt sich in Ergänzungsleistungen an die Heimbewohner (22%) und neu eine Restfinanzierung (10%) der Pflegekosten auf. Absolut nehmen die Ausgaben des Kantons zwischen 2010 und 2011 bei einem insgesamt um CHF 2,2 Mio. gestiegenen Volumen um CHF 12,9 Mio. auf CHF 84,7 Mio. (Ergänzungsleistungen: CHF 58,0 Mio.; Restfinanzierung: CHF 26,4 Mio.) zu. Demgegenüber werden die Bewohner um CHF 9,0 Mio. und die Krankenversicherer um CHF 1,7 Mio. entlastet.

Kostenverschiebung zu Lasten des Kantons

Während der Bund die von den Krankenversicherern zu finanzierenden Ansätze von zwischen CHF 9 und CHF 108 in der KLV festgeschrieben hat, bestimmen die Kantone die Normpflegekosten selbst. Weil der Eigenbeitrag der Bewohner direkt von den KLV-Ansätzen abhängig ist, ist faktisch auch dieser fixiert. Kostensteigerungen gehen somit solange vollständig zu Lasten der Restfinanzierung der Kantone, als der Bundesrat die Ansätze in der Verordnung nicht anpasst. Aus diesem Grund bleiben die Kostenanteile der Bewohner und der Krankenversicherer zwischen 2011 und 2012 trotz steigenden Totalkosten konstant (vgl. Tabelle 5-2). Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz, santésuisse und dem Heimverband curaviva kommt es in Basel-Stadt ab 2013 zudem zu einer Kostenverschiebung von den Krankenversicherern zum Kanton. Die am Kanton hängen bleibenden Kosten erhöhen sich zwischen 2011 und 2013 insgesamt nochmals um rund CHF 10 Mio.

*Restfinanzierung durch
Kanton steigt weiter*

Tabelle 5-2: Finanzierung der Pflegekosten in Pflegeheimen

in Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Budget 2012	Prognose 2013
Bewohner	41,0	18,4	18,4	18,4
davon <i>Ergänzungsleistungen</i> ¹	20,5	9,2	9,2	9,2
Krankenversicherung	56,5	54,8	54,8	49,3
Restfinanzierung (Kanton und Gemeinden)	0,0	26,4	28,6	36,3
Total	97,5	99,6	101,8	104,0

¹ Annahme Gesundheitsdepartement: 50% der von den Bewohnern getragenen Kosten werden via kantonale Ergänzungsleistungen finanziert.

Zahlen für 2010 geschätzt (keine genaue Trennung zwischen Pflegekosten und Hotellerie-/Betreuungskosten im alten System).

Das Total der Pflegekosten ist erst seit Einführung der neuen Pflegefinanzierung genau ermittelbar und auf die drei Kostenträger zuordenbar. Im alten System ist nicht exakt zwischen Pflege- und Hotellerie-/Betreuungskosten unterschieden worden. Der Anteil des Eigenbeitrages der Bewohner, der durch kantonale Ergänzungsleistungen gedeckt ist, kann allerdings weiterhin nur geschätzt werden, weil er zusammen mit den Ergänzungsleistungen für Hotellerie und Betreuung ausgewiesen wird. Gemäss Gesundheitsdepartement beträgt er etwa 50%.

Bis 2010 konnten Pflegeheimbewohner zwei Drittel der gesamten Heimrechnung (durchschnittlich etwa CHF 160 pro Tag) steuerlich in Abzug bringen. Neu können sie lediglich noch die Ausgaben für den Eigenbeitrag an die Pflegekosten (maximal CHF 21,60 pro Tag) sowie einen kleinen Teil der Kosten für die Betreuung abziehen. Noch hat die Steuerverwaltung die Abzüge nicht abschliessend geregelt. Jedenfalls steigt das steuerbare Einkommen bei vielen Pflegeheimbewohnern. Der daraus resultierende Steuermehrertrag dürfte mindestens CHF 10 Mio.

*Teilkompensation
dank höherer
Steuererträge?*

betragen – und damit einen grossen Teil der Mehraufwendungen des Kantons kompensieren.

5.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	318,1	-0,2 (-0,1%)	19,0 (6,4%)
Ertrag	129,6	2,1 (1,6%)	7,6 (6,2%)
ONA ¹	188,5	-2,3 (-1,2%)	11,4 (6,4%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	1'573,1	1'522,0	+51,1

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement liegt der Aufwand minim unter und der Ertrag leicht über dem Budget. Dies ergibt unter dem Strich einen um CHF 2,3 Mio. tieferen ONA. Der Personalaufwand liegt aus verschiedenen Gründen um insgesamt CHF 3,1 Mio. unter dem Voranschlag. Die weiter steigende Zahl an Strafvollzugstagen und die kurzfristig angeordneten Tarifierhöhungen der UPK führen zu einer Budgetüberschreitung im Sachaufwand von CHF 4,4 Mio. Demgegenüber steht auf der Einnahmeseite ein nicht erwarteter Gewinn von CHF 0,4 Mio. der Strafanstalt Bostadel.

Justiz- und Sicherheitsdepartement dankt tieferem Personalaufwand unter ONA-Vorgabe

Weiter liegen auf der Ertragsseite die Feuerwehr- und Wehrpflichtersatzabgaben um insgesamt CHF 1,1 Mio. über Budget. Aufgrund von Tarifierpassungen erzielt die Sanität einen Mehrertrag von CHF 0,4 Mio.

Mehrertrag aus Ersatzabgaben

Die von der neuen Jugend- und Strafprozessordnung ausgelösten Aufwände und Erträge mussten ohne Erfahrungswerte budgetiert werden. Der Sachaufwand wurde dabei um knapp CHF 1,1 Mio., die Einnahmen aus Verfahrensgebühren und -auslagen sowie Gerichts- und Urteilsgebühren um CHF 3,7 Mio. überschätzt. Auch der Anstieg des Headcounts um 51 Stellen ist zu grossen Teilen auf die eidgenössische Justizreform zurückzuführen: 33 zusätzliche Stellen werden bei der Staatsanwaltschaft zur Umsetzung der neuen Schweizerischen Jugend- und Strafprozessordnung benötigt; 9,5 davon gehen auf eine Plafondverschiebung von den Gerichten zurück.

Neue Jugend- und Strafprozessordnung teurer als erwartet

5.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

5.7.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	719,6	-28,3 (-3,8%)	36,5 (5,3%)
Ertrag	286,4	6,8 (2,4%)	11,5 (4,2%)
ONA ¹	433,2	-35,1 (-7,5%)	24,9 (6,1%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	618,6	617,1	+1,5

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt weist bei einem ONA von 433,2 Mio. eine markante Budgetunterschreitung von 7,5% aus. Trotzdem verzeichnet dieselbe Kennzahl gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 6,1%. Die Begründung liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung, die 2011 deutlich besser gewesen ist als erwartet. Die Sozialkosten steigen deshalb weniger stark als budgetiert. Netto liegen sie im Gesamtkanton bei CHF 538,3 Mio. – CHF 27,5 Mio. über dem Vorjahr, gleichzeitig aber CHF 22,4 Mio. unter dem Budget. Auch der um CHF 3,1 Mio. tiefere Personalaufwand des Amts für Wirtschaft und Arbeit ist darauf zurückzuführen.

Wirtschaftliche Entwicklung lässt Sozialkosten weniger als erwartet steigen

Die im Kanton Genf in die Kritik geratene Rückkehrhilfe – ein System von Leistungen, mit dem die freiwillige und pflichtgemässe Rückkehr von asylsuchenden Personen gefördert wird – beläuft sich im Kanton Basel-Stadt 2011 auf insgesamt CHF 105'140. Den 47 unterstützten Personen sind im Durchschnitt CHF 2'237 ausbezahlt worden.

Rückkehrhilfe an 47 Personen

5.7.2 Ergänzungsleistungen

Bei den Ergänzungsleistungen handelt es sich um Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und zur Invalidenversicherung (IV). Sie sind für Rentnerinnen und Rentner bestimmt, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben oder hohe Krankheits- oder Heimkosten haben und sollen diesen ein angemessenes Mindesteinkommen sichern. Personen, die die rechtlichen, persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen, haben einen bundesrechtlichen Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Entsprechend klein ist der kantonale Handlungsspielraum. Im Gegenzug beteiligt sich der Bund an den Kosten. Inklusiv der Bundesbeiträge sind 2011 in Basel-Stadt Ergänzungsleistungen im Umfang von CHF 218,7 Mio. an 13'750 Personen ausbezahlt worden.

Kantonaler Handlungsspielraum bei Ergänzungsleistungen klein

Während die kantonalen Ausgaben für die Sozialhilfe 2011 nur leicht um CHF 2,0 Mio. auf CHF 148,0 Mio. zunehmen, steigt der Aufwand für die Ergänzungsleistungen erneut deutlich. Die Ergänzungsleistungen an Bezüger von AHV und IV nehmen um insgesamt CHF 14,9 Mio. auf CHF 95,3 Mio. zu (vgl. Tabelle 5-3). Über vier Jahren betrachtet beträgt die Zunahme fast 75%.

*Ergänzungsleistungen
absolut wie relativ auf
Höchststand*

Tabelle 5-3: Entwicklung Ergänzungsleistungen

	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Budget 2012
<i>in Mio. CHF (netto)</i>				
Ergänzungsleistungen zur AHV	14,3	20,3	28,5	27,2
Ergänzungsleistungen zur AHV an Pflegeheimbewohner	71,4	71,8	57,9	56,6
Ergänzungsleistungen zur IV	52,5	60,1	66,8	65,7
Total	138,2	152,2	153,1	149,5
<i>Anzahl Bezüger</i>				
Ergänzungsleistungen zur AHV	4'449	4'619	4'835	4'688
Ergänzungsleistungen zur AHV an Pflegeheimbewohner	1'883	1'861	1'840	1'983
Ergänzungsleistungen zur IV	6'848	6'859	7'075	6'829
Total	13'180	13'339	13'750	13'500

Aufgrund der neuen Pflegefinanzierung (vgl. Kapitel 5.5.3) sind die über das Gesundheitsdepartement finanzierten Ergänzungsleistungen an Pflegeheimbewohner zwischen 2010 und 2011 von CHF 71,8 Mio. auf CHF 57,9 Mio. gesunken. An die Stelle eines Teils der Ergänzungsleistungen ist die so genannte Restfinanzierung der Pflegekosten durch den Kanton (2011 CHF 26,4 Mio.) getreten. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass in der Tabelle „Sozialkosten netto“ auf Seite 97 des Jahresberichts diese Restfinanzierung ebenfalls den Ergänzungsleistungen zugerechnet wird.

*Rückgang aufgrund
neuer Pflege-
finanzierung*

Die effektiv ausbezahlten Ergänzungsleistungen – also ohne Restfinanzierung Pflegeheime – belaufen sich über alle drei Kategorien 2011 auf CHF 153,1 Mio. Dies ist trotz des Rückgangs bei den Ergänzungsleistungen an Pflegeheimbewohner ein Plus von CHF 0,9 Mio. Mit 29,9% der gesamten kantonalen Nettosozialkosten von über CHF 0,5 Mrd. erreichen die Ergänzungsleistungen auch relativ einen Höchststand.

Die Finanzkommission hat mit dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt die Gründe der grossen Kostensteigerungen erörtert. Wie Tabelle 5-3 zeigt, nehmen die Ergänzungsleistungen zur AHV stärker zu als jene zur IV. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt erklärt diesen Trend mit dem Mengenwachstum. Die ältere Bevölkerung wird nicht ärmer, nimmt aber umfangmässig zu. Der demografische Trend hin zu mehr Rentnerinnen und Rentnern überkompen-

*Mengenwachstum vor
allem bei Ergänzungs-
leistungen zur AHV*

siert mit anderen Worten die Tatsache, dass immer weniger Personen ohne Pensionskasse ins AHV-Alter kommen. Langsamer, aber ebenfalls deutlich wachsen die Ergänzungsleistungen für die IV-Bezügerinnen und -bezüger. Deren Anzahl nimmt nicht zuletzt deshalb zu, weil ihre Lebenserwartung dank besserer Betreuung steigt.

Da die Ergänzungsleistungen im Gegensatz zur Sozial- und Arbeitslosenilfe kaum einer konjunkturellen Entwicklung folgen, ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Entspannung zu rechnen. So geht das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt davon aus, dass die Steigerung des Aufwands für Ergänzungsleistungen erst mit einer Stabilisierung von Demografie und Lebenserwartung auslaufen wird. Kurz- und mittelfristig wird mit einer weiteren Steigerung von Fallzahl und Kosten von zwei bis drei Prozent pro Jahr gerechnet.

Steigender Kostentrend hält an

5.7.3 Stromsparmögens

Der Basler Stromsparmögens existiert seit 1998. Es handelt sich dabei um eine Lenkungsabgabe auf den Stromkonsum von ein paar Rappen pro Kilowattstunde, die zum sparsameren Umgang mit Strom motivieren soll. Sie wird vollständig und zu gleichen Teilen an die Bevölkerung und die Unternehmen rückerstattet. Wer wenig Strom bezieht, bezahlt wenig Lenkungsabgabe, erhält aber gleich viel Geld zurück wie jemand, der viel Strom braucht. Pro Jahr erhält jede Privatperson CHF 75 und jeder Betrieb rund 0,5% der Lohnsumme. Insgesamt betragen die Auszahlungen 2011 CHF 13,4 Mio. an die Haushalte und CHF 26,1 Mio. an die Betriebe.

Lenkungsabgabe auf Stromkonsum mit Rückerstattung

Die Finanzkommission hat sich mit dem Rückerstattungsmechanismus innerhalb der kantonalen Verwaltung auseinandergesetzt. Der Kanton hat als Arbeitgeber aus dem Stromsparmögens 2011 Mittel von CHF 5,2 Mio. erhalten. Dieses Geld verteilt er jeweils an die einzelnen Dienststellen. Bei kleineren Dienststellen sind diese Beträge relativ bescheiden. Der damit verbundene administrative Aufwand ist aus Sicht der Finanzkommission unverhältnismässig gross. Sie schlägt deshalb vor zu prüfen, ob die Rückvergütungen aus dem Stromsparmögens stattdessen pauschal in die allgemeine Staatskasse fliessen könnten.

Finanzkommission fordert Überprüfung der verwaltungsinternen Rückerstattungspraxis

5.8 Gerichte

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	57,9	1,6 (2,8%)	1,6 (2,8%)
Ertrag	24,9	-4,0 (-13,7%)	-6,5 (-20,7%)
ONA ¹	33,0	5,5 (20,2%)	8,2 (33,1%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	234,9	231,9	+3,0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der ONA der vier Gerichte steigt sowohl gegenüber Budget als auch Vorjahr deutlich. Die Überschreitung des Personalbudgets beim Appellationsgericht um CHF 0,5 Mio. ist auf vom Grossen Rat bewilligte, aber nicht budgetierte zusätzliche Stellen im Zuge der eidgenössischen Justizreform zurückzuführen. Beim Strafgericht liegen die Personalkosten CHF 0,6 Mio. über Budget – CHF 0,4 Mio. zur Erhöhung der Austrittsleistung von zwei ehemaligen Strafgerichtspräsidenten, CHF 0,2 Mio. in Folge einer Anpassung der Honorare der Richterinnen und Richter.

*ONA der vier Gerichte
um 20% über Budget*

Die Einnahmen aus Gebühren, jeweils stark von der Art und der Zahl der Fälle abhängig, liegen deutlich tiefer als erwartet. So hat die Staatsanwaltschaft dem Strafgericht unter anderem aufgrund der eidgenössischen Justizreform deutlich weniger Fälle überwiesen als in den Vorjahren (2011: 221 Fälle, 2010: 741 Fälle). Auch der Rückgang der Einsprachen auf rund die Hälfte wirkt sich ertragsmindernd aus.

*Deutlich tiefere
Einnahmen*

Das Projekt „Gerichte 2010“, das an allen Gerichten eine standardisierte IT-basierte Lösung für Input-, Output- und Dokumentenmanagement einführen soll, ist per Ende 2011 noch nicht vollständig abgeschlossen worden, obwohl das Mandat der externen Projektleitung auf diesen Zeitpunkt ausgelaufen ist. Die ausstehenden Restarbeiten werden von der IT-Abteilung der Gerichte erledigt. Mit der neuen Infrastruktur sind die Gerichte in Basel-Stadt gemäss eigenen Angaben führend in der Schweiz und Vorbild für andere Kantone.

*Projekt „Gerichte 2010“
kurz vor Abschluss*

Die Finanzkommission ist über den Verlauf des Projekts von den Gerichten regelmässig orientiert worden. Sie erwartet den Projekt-Schlussbericht per Mitte 2012. In diesem Rahmen wird sie auch die Einhaltung der Budgetvorgaben prüfen. Die Finanzkontrolle hat festgestellt, dass der vom Regierungsrat am 14.8.2007 bewilligte Kredit in der Höhe von CHF 3,5 Mio. per Ende 2011 um CHF 600 überschritten worden ist und darüber hinaus das Projekt betreffende Rechnungen in der Höhe von CHF 175'000 der Laufenden Rechnung belastet worden sind. Dies widerspricht der Vorgabe, Investitionsausgaben über die Investitionsrechnung zu verbuchen. Die Gerichte haben sich in einer ersten Stel-

*Projektkredit ausgeschöpft – zusätzliche
Ausgaben in der laufenden Rechnung*

lungnahme gegenüber der Finanzkommission auf den Standpunkt gestellt, es seien Projekterweiterungen aus betrieblichen Bedürfnissen notwendig geworden, die nicht zum ursprünglichen Projektumfang und damit zum bewilligten Projektkredit gehörten. Weil einige dieser Erweiterungen für die betriebliche Verbesserung und Komplettierung stehen, hätten sie die Gerichte über die Laufende Rechnung finanziert. Die Finanzkommission kann diese Begründung nicht nachvollziehen.

5.9 Parlament

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	11,4	-1,0 (-7,9%)	0,2 (1,8%)
Ertrag	0,1	0,1 (69,0%)	0,0 (0,0%)
ONA ¹	11,3	-1,0 (-8,3%)	0,3 (2,7%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	29,6	28,4	+1,2

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Zum Parlament gehören der Grosse Rat inklusive der ihm unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Parlamentsdienst und Datenschutzbeauftragter.

Die vier dem Grossen Rat unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Parlamentsdienst, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle weisen mit Ausnahme Letzterer alle einen unter Budget liegenden ONA aus. Der Aufwand der Finanzkontrolle bleibt um gut CHF 0,3 Mio. unter dem Voranschlag, weil diese weniger Aufträge an Dritte als budgetiert erteilt hat, eine Stelle vakant geblieben ist und der Regierungsrat eine bessere Einreihung von einzelnen Mitarbeitenden abgelehnt hat.

Temporäre Vakanzen sind auch Ursache der Budgetunterschreitung beim Datenschutzbeauftragten. Die Finanzaufgaben von Parlamentsdienst und Grosse Rat zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr äusserst stabil, obwohl der Grosse Rat an weniger Halbtagesitzungen getagt, weniger Sachgeschäfte verabschiedet und weniger Vorstösse eingereicht hat.

ONA der dem Grossen Rat unterstellten Behörden 8% unter Budget

5.10 Regierungsrat

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung gegenüber	
		Budget 2011	Rechnung 2010
Aufwand ¹	2,9	-0,0 (-0,4%)	-0,1 (-4,3%)
Ertrag	0,0	0,0 (4,2%)	0,0 (0,0%)
ONA ¹	2,9	-0,0 (-0,4%)	-0,1 (-4,4%)

in 100%	Ende 2011	Ende 2010	Differenz
Headcount	7,0	7,0	+/-0,0

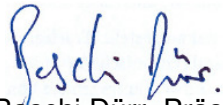
¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Angestellten (2011: 0,5%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Budget und Rechnung des Regierungsrats liegen sehr nahe beieinander. Auch gegenüber dem Vorjahr sind keine wesentlichen Differenzen zu konstatieren.

6. Antrag an den Grossen Rat

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat mit 5:2 Stimmen ohne Enthaltungen, die Staatsrechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen. Sie hat diesen Bericht an ihrer Sitzung vom 31.5.2012 einstimmig verabschiedet und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Finanzkommission



Baschi Dürr, Präsident

Beilage

Entwurf Grossratsbeschluss

betreffend

(vom [])

Auf Antrag der Finanzkommission beschliesst der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt nach Einsicht in den Jahresbericht 2011 des Regierungsrats sowie den Bericht Nr. 12.5165.01 der Finanzkommission:

Die Staatsrechnung 2011 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Laufenden und der Investitionsrechnung 2011 sowie der Bestandesrechnung per 31.12.2011, wird wie folgt genehmigt:

Ordentlicher Aufwand	CHF	4'688'378'657
Ordentlicher Ertrag	CHF	4'905'713'589
Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)	CHF	217'334'932

Ausgaben	CHF	347'876'861
Einnahmen	CHF	21'444'794
Saldo Investitionsrechnung	CHF	326'432'067

Total Finanzvermögen (inklusive Vorschuss für Spezialfinanzierung)	CHF	3'255'533'398
Total Verwaltungsvermögen	CHF	3'126'308'490
Total Aktiven	CHF	6'381'841'888
Total Fremdkapital	CHF	4'965'339'858
Total Eigenkapital	CHF	1'416'502'030
Total Passiven	CHF	6'381'841'888

Der Anhang zur Jahresrechnung (Seiten 109 bis 127 des Jahresberichts) wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Anhang 1: Dringliche Kreditbewilligungen 2011

Gemäss § 25 des bis zum 31.3.2012 geltenden Finanzhaushaltsgesetzes beschliesst der Regierungsrat nicht im Budget enthaltene dringliche Ausgaben mit Zustimmung der Finanzkommission und legt den Beschluss dem Grossen Rat an dessen nächster Sitzung zur Kenntnisnahme vor.

Im Jahr 2011 hat die Finanzkommission zwei dringliche Kredite bewilligt.

Tabelle A1-1: Dringliche Kreditbewilligungen 2011

Nr.	Betreff	Betrag in CHF	Datum
1	Universitätsspital Basel, Abdichtung Decke 2, Untergeschoss im Gebäude 38	900'000	9.1.2011
2	WebBS – Einführung einer neuen Lösung für das Web Content Management mit angepasstem Web Corporate Design für den Kanton Basel-Stadt	275'000	18.5.2011

Tabelle A1-2: Dringliche Kreditbewilligungen seit 2001

Rechnung	Anzahl Kredite	davon bewilligt	bewilligtes Kreditvolumen (CHF)
2011	2	2	1'175'000
2010	2	2	1'140'000
2009	5	5	5'811'026
2008	3	3	2'244'000
2007	1	1	390'000
2006	7	6	6'530'100
2005	7	7	3'120'000
2004	1	1	108'000
2003	17	15	7'993'000
2002	5	5	3'158'000
2001	2	2	713'000

Anhang 2: Berichte der Finanzkontrolle 2011

Im Jahr 2011 hat die Finanzkommission die in Tabelle A2-1 aufgeführten Berichte der Finanzkontrolle erhalten. Sie hat deren Inhalt zur Kenntnis genommen, teilweise intern beraten und mit der Finanzkontrolle und/oder den betroffenen Departementen und Dienststellen besprochen.

Tabelle A2-1: Berichte der Finanzkontrolle 2011

Nr.	Dienststelle / Institution
1	Stiftung Wildt'sches Haus
2	KKB Koordinationsstelle Fahrten f. behinderte beider Basel
3	Motorfahrzeugprüfstation beider Basel
4	Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals (UVK)
5	Interkantonale Strafanstalt Bostadel
6	Staatsrechnungsprüfung 2010
7	Kant. Viehversicherungskasse Basel-Stadt
8	Kommission für die Abschlussprüfungen im Detailhandel BS
9	Kommission für die Abschlussprüfungen in Gewerbe, Industrie und Dienstleist. BS
10	Spektrum Bereich der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel-Stadt
11	Infobest Palmrain
12	Stiftung St.Jakobs- und Winkelriedfonds, Basel
14	Amt für Sozialbeiträge (ASB) Prämienvorbereitung
15	Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Bauabrechnungen 2010
16	Tiefbauamt Basel-Stadt, Nationalstrassen-Abrechnungen
17	Swisslos-Fonds
18	Standortförderungs-Fonds
19	Arbeitslosenfonds
20	Universität BS, Immobilienfonds Abschlussrevision 2010
21	Stiftung Fürsorge- und Unterstützungskasse der Berufsfeuerwehr
22	Aussenbeziehungen und Standortmarketing Basel-Stadt
23	Schreiben an Hr. Marbach (ED) betr. Kommission für Abschlussprüfungen
24	Gesundheitsdepartement Basel-Stadt, Generalsekretariat Personal
25	Ethikkommission beider Basel (EKBB) Detaillierter Bericht
26	Ethikkommission beider Basel (EKBB)
27	Krebsregister beider Basel
28	Stiftung Augenspital Basel
29	Lufthygieneamt LHA
30	Alexander Clavel-Stiftung, Riehen
31	Gesundheitsversorgung Basel-Stadt
32	Vormundschaftsbehörde
33	Parkhäuser Basel-Stadt
35	Erziehungsdepartement, Bildung und Personaldienste
36	ED Sonderschulheim Zur Hoffnung
37	ED Schulheim Gute Herberge
38	ED Waldschule Pfeffingen
39	ED Psychotherapiestation
40	Kantonspolizei Basel-Stadt
41	Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, AWA
42	Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) Neubau Schlussabrechnung
43	Stiftung Sportmuseum Schweiz
44	Sozialhilfe
45	ED Hochschulen

Nr.	Dienststelle / Institution
46	Immobilien Basel-Stadt (IBS) Liegenschaften Finanzvermögen
47	Immobilien Basel-Stadt (IBS) Liegenschaften Verwaltungsvermögen
48	Archäologische Bodenforschung
49	ED Leitung Bildung
50	Kantons- und Stadtentwicklung
51	ED, St.Jakobshalle Basel
52	Verein TGV via Basel
53	Universitäre Psychiatrische Kliniken (UPK)
54	Felix Platter-Spital (FPS)
55	Zentrale Informatikdienste (ZID)
56	Rimas Insurance-Broker
57	Tiefbauamt Basel-Stadt, Regiebetriebe
58	Amt für Wirtschaft und Arbeit
60	Baukostenbeiträge Städtebau und Architektur
61	Amt für Sozialbeiträge, Ergänzungsleistungen
62	Finanzverwaltung
63	Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel
64	Stadtgärtnerei
65	Fkom-Sitzung FHG
66	Wohnheime behinderte Erwachsene
67	Zentraler Personaldienst Basel-Stadt
68	Jugend, Familie und Sport Basel-Stadt
69	AUE, Stromsparfonds
70	Allgemeinbildende, weiterführende Schulen
71	Tiefbauamt, Projektprüfung Tram 8
72	Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig
73	Zivilgericht, Betreibungsamt
74	Mobilität Basel-Stadt
75	Gesundheitsdepartement
76	Historisches Museum
77	ED Zentrale Dienste
78	Steuerverwaltung
79	Finanzverwaltung
80	BVD Mobilität

Anhang 3: Berichte der Verwaltung 2011

Die Finanzkommission hat 2011 von den Departementen die folgenden Jahres-, Zwischen- und Projektstatusberichte erhalten und deren Inhalt geprüft.

Tabelle A3-1: Berichte der Verwaltung 2011

Titel	Departement	Datum
Projektbericht Gerichte 2010	Appellationsgericht	1.3.2011
Jahresbericht 2010 Immobilien im Finanzvermögen	Finanzdepartement	5.4.2011
Jahresbericht 2010 Hochbauten im Verwaltungsvermögen	Finanzdepartement	17.5.2011
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Mittelentnahme zu Gunsten der Staatsrechnung 2010	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	25.1.2011
Standortförderungsfonds: Mittelentnahme zu Gunsten der Staatsrechnung 2010	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	25.1.2011
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Massnahmen und Projekte 2012	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	22.6.2011

Anhang 4: Korrekturen Jahresbericht

108

3 Die Jahresrechnung

Gesundheit (36.2 Mio. Franken). Die grösseren Vorhaben sind in Kapitel 7 - Die Investitionen - beschrieben.

Die Position Darlehen und Beteiligungen hat gegenüber Vorjahr um 55.7 Mio. Franken auf 1'233.6 Mio. Franken zugenommen. Die grösste Zunahme daraus resultiert aus der Auszahlung des Restbetrages des bewilligten Darlehens an die BVB für den Um- resp. Ausbau des Depots am Wiesenplatz in der Höhe von 35.1 Mio. Franken. Ausserdem hat sich der Kanton an der Kapitalerhöhung der MCH Group AG mit einem Betrag von 13.4 Mio. Franken beteiligt, somit beträgt der Kapitalanteil weiterhin unverändert 33.5%.

Bei der Abnahme der Position Vorschüsse für Spezialfinanzierung handelt es sich um die ordentliche Rückzahlung der PK-Sanierungskosten durch die Aktiven und Rentner.

Weitere Details zu den Sach- und Finanzanlagen können dem Anhang zur Jahresrechnung entnommen werden.

3.5.3 Passiven

Kurzfristige feste Vorschüsse in der Höhe von 135 Mio. Franken und Kontokorrentverbindlichkeiten von 47.3 Mio. Franken wurden abgebaut und neu im Bereich mittel- und langfristige Schulden aufgenommen (Zunahme Position Übrige um 185 Mio. Franken).

Im Berichtsjahr wurde eine Anleihe über 250 Mio. Franken zur Rückzahlung fällig. Bei einer Neuemission wurde im Gegenzug nur noch eine Anleihe über 125 Mio. Franken ausgegeben. Die neue Laufzeit beträgt fünf Jahre.

Im Berichtsjahr hat der Bestand der Zeitguthaben um 13.7 Mio. Franken zugenommen. Davon fallen 13.5 Mio. auf die erstmalige Abgrenzung für Dienstaltersgeschenke bei den Spitälern. Die Rückstellung für den PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber für die Institutionen (Universität, Musikakademie etc.) hat um 17.5 Mio. Franken abgenommen. Aufgrund einer neuen provisorischen Einschätzung der Deckungslücke im Bereich der Pensionskasse Basel-Stadt wurde eine Rückstellung über 146 Mio. Franken gebildet. Die Rückstellungen haben sich um 116.5 Mio. Franken gegenüber Vorjahr erhöht.

Wie bereits eingangs erwähnt, erhöht sich das Eigenkapital des Kantons dank dem guten Rechnungsergebnis von 217.3 Mio. Franken. Das Eigenkapital hat insgesamt um 255 Mio. zugenommen und beträgt neu 1'416.5 Mio. Franken.

Im Anhang zur Jahresrechnung können weitere Details zu den Passiven entnommen werden.

2 Passiven

Bilanz in Franken	31.12.2010	31.12.2011	Abw. 31.12.11/31.12.10	
			abs.	%
200 Kreditoren	217'566'263	218'715'297	1'149'034	0.5
201 Depotgelder	77'161'810	65'650'382	-11'511'428	-14.9
205 Durchlaufende Beiträge	507'899	134'220	-373'680	-73.6
206 Kontokorrente	197'425'344	165'717'786	-31'707'558	-16.1
209 Übrige Verpflichtungen	619'941'038	615'107'730	-4'833'308	-0.8
20 Laufende Verpflichtungen	1'112'602'354	1'065'325'415	-47'276'940	-4.2
210 Feste Vorschüsse	185'000'000	50'000'000	-135'000'000	-73.0 ¹
219 Übrige kurzfristige Schulden	9'655'871	3'784'091	-5'871'780	-60.8
21 Kurzfristige Schulden	194'655'871	53'784'091	-140'871'780	-72.4
223 Obligationsanleihen	2'000'000'000	1'875'000'000	-125'000'000	-6.3 ¹
229 Übrige	1'001'000'000	1'186'000'000	185'000'000	18.5 ¹
22 Mittel- und langfristige Schulden	3'001'000'000	3'061'000'000	60'000'000	2.0
231 Personalversicherungskassen (PK)	3'912'376	6'251'399	2'339'023	59.8
233 Verwaltete Stiftungen	103'084'908	105'157'225	2'072'317	2.0 ¹
234 Eigenversicherungen für Schäden	34'445'056	37'342'597	2'897'541	8.4 ¹
23 Verpflichtungen für Sonderrechnungen	141'442'339	148'751'221	7'308'881	5.2
240 Laufende Rechnung	221'672'767	360'225'028	138'552'261	62.5 ¹
24 Rückstellungen	221'672'767	360'225'028	138'552'261	62.5
250 Zinsen	44'468'975	45'180'048	711'073	1.6
251 Mieten, Pacht- u. Baurechtzinsen	541'450	265'140	-276'310	-51.0
252 Versicherungen	22'318'182	29'636'891	7'318'709	32.8
253 Subventionen	8'744'438	5'808'903	-2'935'536	-33.6
259 Übrige	118'020'766	107'917'672	-10'103'094	-8.6
25 Passive Rechnungsabgrenzungen	194'093'811	188'808'654	-5'285'157	-2.7
280 Spezialfinanzierungen	93'893'609	87'445'450	-6'448'159	-6.9 ¹
28 Spezialfinanzierungen	93'893'609	87'445'450	-6'448'159	-6.9
Total Fremdkapital	4'959'360'751	4'965'339'858	5'979'107	0.1
290 Gewinnvortrag Laufende Rechnung	700'731'655	918'066'586	217'334'932	31.0 ¹
290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-490'800'292	-471'355'292	19'445'000	-4.0 ¹
290 Neubewertungsreserven Renditeliegenschaften	946'027'414	964'968'054	18'940'640	2.0 ¹
290 Gewinnrücklagen Museen und Heime	5'590'771	4'822'682	-768'089	-13.7 ¹
Total Eigenkapital	1'161'549'548	1'416'502'030	254'952'482	21.9
Total Passiven	6'120'910'299	6'381'841'888	260'931'589	4.3

Kommentar

¹ Die Details zu diesen Positionen der Passivseite der Bilanz folgen weiter unten im Anhang zur Jahresrechnung.

Kontengruppe 234 Eigenversicherungen

	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2011
in Franken		
Personen-, Sach- und Haftpflichtversicherungen	34'445'056	37'342'597
Total Schwankungsrückstellungen	34'445'056	37'342'597

Kontogruppe 240 Rückstellungen Laufende Rechnung

	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2011
in Franken		
PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Staat	0	146'000'000 ¹
Ferien- und Überzeitguthaben	107'381'538	121'106'743
PK-Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen	66'800'000	49'300'000
Altlastensanierungen	20'819'417	20'610'873
Eingetretene Versicherungsschäden	7'902'834	7'417'512
Kosten an ein EU-Forschungsprojekt (UPK)	1'448'705	6'048'705
Mehrwertabgaben Schoren Areal	4'500'000	4'500'000
Grabungskosten Archäologische Bodenforschung	2'012'234	1'936'858
Neuordnung Abfallbewirtschaftung, Transfer und Auflösung alter BuKr.	1'050'000	1'050'000
AG-Beiträge und Honorare aus privatärztlicher Tätigkeit (USB)	806'000	806'000
Sammelklage Ferienzulagen	3'984'519	50'000
Bildungsraum Nordwestschweiz, Zusatzfinanzierung	2'050'000	0
PK-Umstellungskosten Institutionen	1'352'139	0
Übrige unter 500'000 Franken	1'565'381	1'398'337
Total Rückstellungen Laufende Rechnung	221'672'767	360'225'028

Kommentar

- 1 Aufgrund einer neuen provisorischen Einschätzung der Deckungslücke im Bereich der Pensionskasse Basel-Stadt wurde eine Rückstellung über 146 Mio. Franken gebildet.



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Bildungs- und Kulturkommission (BKK)

An den Grossen Rat

Basel, 30. Mai 2012

Kommissionsbeschluss
vom 30. Mai 2012

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

**Zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen für
das Jahr 2011**

zuhanden der Finanzkommission

1. Ausgangslage

1.1 Auftrag

Gemäss § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) vom 19. Juni 1999 erfolgt in „der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats (...) die Vorberatung zu Globalbudget und Leistungsteil (Definitionen und übergeordnete Ziele der Produktgruppen)“. Als Konsequenz davon behandelt die BKK ebenfalls die zugehörigen Jahresrechnungen der Museen. Die Ergebnisse ihrer Beratung werden seit 2011 dem Grossen Rat als Mitbericht zuhanden der Finanzkommission vorgelegt. Zuvor wurde ein eigenständiger Bericht abgegeben.

1.1 Vorgehen

In fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission im April und Mai 2012 mit den Direktionen sowie den Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Rechnungsergebnisse auf der Basis der übergeordneten Ziele sowie der daraus abgeleiteten operativen Ziele behandelt. Die Museen schätzen die Besuche der Subkommissionen sehr. Sie geben Gelegenheit, die Anliegen der Museumsleitung mit den Vertretungen der Legislative unmittelbar zu besprechen.

Im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise verwendet die Bildungs- und Kulturkommission einen Frageraster, anhand dessen die Gespräche über die Rechnungen 2011 geführt worden sind. Die Antworten wurden schriftlich festgehalten und auf ihre inhaltliche Genauigkeit von den Museumsverantwortlichen gegengelesen. Dieser Bericht fasst die Gesprächsergebnisse und Aussagen der Museen zusammen.

1.2 Mitglieder der Subkommissionen

Die Subkommissionen setzten sich wie folgt zusammen:

Maria Berger-Coenen	Historisches Museum, Kunstmuseum
Martina Bernasconi	Antikenmuseum
Doris Gysin	Museum der Kulturen
Oskar Herzig	Naturhistorisches Museum
Christine Heuss	Naturhistorisches Museum
Oswald Inglin	Antikenmuseum, Kunstmuseum
Martin Lüchinger	Historisches Museum
Heidi Mück	Naturhistorisches Museum
Ernst Mutschler	Historisches Museum, Museum der Kulturen
Annemarie Pfeifer-Eggenberger	Antikenmuseum
Christine Wirz-von Planta	Kunstmuseum, Museum der Kulturen

2. Rechnungen der Museen

2.1 Antikenmuseum

2.1.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung zu Budget 2011	Veränderung zu Rechnung 2010
Aufwand	6.3	0.5 (8.2%)	-0.6 (-9.1%)
Ertrag	1.0	0.4 (55.7%)	-0.7 (-39.6%)
ONA	5.3	0.1 (2.2%)	0 (0.6%)

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011	Differenz
Personalaufwand	3.7	3.6	2.0%

Schwankungen auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite sind abhängig von den Sonderausstellungen und deren Erfolg. Zum Beispiel hinterliess die Ausstellung „Eretria“ ihre Spuren. Der Publikumserfolg blieb unter den Erwartungen. Bei Sonderausstellungen sehr kostenintensiv sind: Werbung, Leihgaben, Versicherung, Transport, Publikation etc.

Kürzung der Budgetvorgabe nicht erreicht

Der Malus wurde nach dem Abbau der letzten Jahre erhöht. Der Verlust im 2011 ergab sich durch geringe Besucherzahlen bei „Eretria“ und „Schmidt“. Dazu kommt noch die Kürzung der Budgetvorgabe, die nicht erfüllt werden konnte.

Jahr	Bonus /Malus	Stand Malus Jahresende
2007		CHF -296'500
2008	CHF 49'500	CHF -247'000
2009	CHF 45'800	CHF -201'200
2010	CHF 6'000	CHF -195'200
2011	CHF -33'100	CHF -228'300

Bei Führungen und Workshops von Schulen BS/BL zahlt das AMB selber: ca. CHF 150 pro Führung und ca. CHF 350 pro Workshop. Hier sollte mit dem ED eine Lösung gefunden werden (Abgeltung zwischen den Departementen) Gespräche haben unter der Federführung der Abteilung Kultur begonnen.

Abgeltung für Schulveranstaltungen im Gespräch

2.1.2 Personal

2011 ergaben sich keine Veränderungen beim Personal. Es teilen sich 50 Personen 2950 Stellenprozente, mit einem Headcount-Plafond bei 3010 Stellenprozenten. Sonderausstellungen beeinflussen den Personalaufwand deutlich.

Das Kader (ab Lohnklasse 16) blieb unverändert. Es gibt zwei Attestler-nende. Das AMB hat gegenüber dem Vorjahr eine zusätzliche Attestler-nende aus einem anderen Betrieb übernommen.

Überzeit weist derzeit eine Kuratorin aus. Die Überzeit muss kompensiert werden.

2.1.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Im Oktober 2011 eröffnete das Museumsbistro mit grossem Erfolg. Das Mittagsmenu wird von Geschäftsleuten wie von Museumsbesuchenden rege genutzt.

*Neues Museumsbistro
ein Erfolg*

Neue Angebote sind Workshops in der Bildung und Vermittlung wie z.B. Deutsch lernen im Museum und Führungen für Blinde.

Restrukturierungen wurden nicht vorgenommen.

2.1.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Für 2013 sind mehrere kleine Sonderausstellungen vor allem in der Skulpturenhalle und im Antikenmuseum (z.B. „Männer“) geplant. Grössere Sonderausstellungen sind derzeit nicht geplant, da Direktor Blome per Ende 2012 und Verwaltungsdirektor Giese per Ende März 2013 in Pension gehen.

*Investitionsbedarf ab-
hängig vom künftigen
Standort*

Der kommende Investitionsbedarf ist abhängig von der Bestandsaufnahme des Antikenmuseums, durchgeführt vom BVD, und von der Standortfrage, d.h. den möglichen Umzug in den Berri-Bau (derzeit Naturhistorisches Museum) an der Augustinergasse.

2.1.5 Kundschaft

Die Bedürfnisse der Kundschaft ändern sich grundsätzlich nicht. Eine Tendenz zu Block-Buster-Ausstellungen ist zu erkennen. Das Publikum will bekannte Themen mit emotionaler Ansprache. Befragungen werden gemacht, wie immer, ohne dass sich in den Ergebnissen Veränderungen zeigen. Immer wiederkehrend wird bemängelt, dass der Museums-
eingang nicht einladend ist.

2.1.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Es gibt keine festen Einnahmen von Sponsoren für den Dauerbetrieb. Bei Sonderausstellungen müssen potentielle Sponsoren angesprochen werden. Für die kommende grosse Sonderausstellung „Petra – Scheich Ibrahim“ konnte ca. CHF 1 Mio. privat generiert werden (Novartis, privater Mäzen).

*Kein festes Sponsoring
für den Dauerbetrieb*

Das AMB pflegt seit über zwanzig Jahren intensiv PPP. Eine gute Vernetzung ist auch für die Leitungsnachfolge unabdingbar.

2.1.7 Kontrollsystem

Es gelten das Vier-Augen-Prinzip und Doppelunterschriften. Ein internes Kontrollsystem wie in der Wirtschaft ist nicht vorhanden.

2.1.8 Weitere Bemerkungen

Im Weiteren äussert die Museumsleitung:

- Museumsübergreifende Ausstellungen sind schwer zu realisieren. In der Museumspublikation von Basel Tourismus kommt das AMB leider nicht vor.
- Struktur und sprachliche Gestaltung des Kulturleitbildes sind besser als der Entwurf. Eine gute Auslegeordnung zeigt, wie viel der Kanton macht und was er alles unterstützt. Man freut sich aufs Museumskonzept.
- Generell legt das PD im Gegensatz zum ED mehr Gewicht auf Reglementierungen und Bestimmungen. Es wäre wünschenswert, sich vom Gängelband „staatliche Dienststelle“ etwas lösen zu können.

Antikenmuseum bemängelt fehlende Vermarktung durch Basel Tourismus

2.2 Historisches Museum

2.2.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung zu Budget 2011	Veränderung zu Rechnung 2010
Aufwand	11.1	0.5 (4.8%)	0.3 (2.3%)
Ertrag	-1.0	0.4 (65.4%)	0.3 (45.4%)
ONA	10.1	0.1 (1.3%)	0 (-0.4%)

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011	Differenz
Personalaufwand	6.7	6.6	3.3%

Der Aufwand überstieg das Budget um CHF 505'600. Ebenso stieg jedoch auch der Ertrag; er lag um CHF 375'700 über dem Budget, wie auch über dem Ergebnis von 2010. Der Staatsbeitrag sank 2011 um CHF 340'000. Der ONA stieg um 1.3%. Der Eigenfinanzierungsgrad lag bei 8,57%.

Sparmassnahmen beeinträchtigen Leistungsauftrag und geplante Aktivitäten

Im Zusammenhang mit der neuen Dauerausstellung in der Barfüsserkirche erhöhten sich die kalkulatorischen Kapitalkosten um ausserordentliche CHF 233'500 (134.9%). Die für den Umbau beim Departement budgetierten Investitionskosten wurden in der Rechnung des Museums ausgewiesen und ebenso die Einnahmen dafür, welche vollumfänglich durch die Stiftung für das HMB eingebracht wurden.

Trotz punktuellen Einsparungen, der teilweisen Auflösung von Rückstellungen und des Einsatzes von beträchtlichen Drittmitteln (u. a. die Fremdfinanzierung der Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit dem Schaulager „Francis Alÿs: Fabiola“) resultierte ein Defizit in der Höhe von CHF 129'900. 50% davon mussten als Malus in die Bilanz 2012 übertragen werden. Die Gründe lagen einerseits in der RR-Sparvorgabe und andererseits im zusätzlichen Personal- und Sachaufwand für die Neueröffnung des Untergeschosses.

Wegen der Sparmassnahmen konnten diverse, im Leistungsauftrag enthaltene Aufgaben mit dem bewilligten Budgetbetrag nicht erfüllt werden. Es handelte sich u.a. um Ausstellungskosten, welche durch teilweise Auflösung der Rückstellungen und mittels Drittmitteln kompensiert wurden. Auch Projektlöhne, Publikationen und Ankäufe von Sammlungsobjekten wurden durch Drittmittel finanziert. Trotzdem wurde das reduzierte Budget überzogen, weil die Aktivitäten schon vor den Kürzungen geplant waren oder Teil des Leistungsauftrags sind.

Der Bonus sowie die Rückstellungen aus den Vorjahren liegen mit CHF 634'800 tiefer als 2010 (CHF 817'500). Nur 50% des Malus mussten aus den Rückstellungen gedeckt werden. Bei fehlendem Budget für Sonderausstellungen wurde ein Teil der Reserven hauptsächlich dafür sowie für Publikationen usw. eingesetzt.

2.2.2 Personal

Der Headcount (Stellenprozente) schwankt je nach Projekten und Sonderausstellungen. 2011 ist er leicht gestiegen:

2010: 5135

2011: 5217 (20 Stellenprozente Sekretariat noch inbegriffen).

Am Ende des Berichtsjahres waren 105 Personen (2010: 104), angestellt, darunter 54 Männer und 51 Frauen, 86 teil- und 19 vollzeitlich. Es gab im Kader (ab Lohnklasse 16) keine Zunahme.

Überhänge im Gleitzeit-Saldo fallen durch termingebundene Arbeit für Sonderausstellungen und Publikationen sowie die zahlreichen Teilzeitanstellungen bei Sonderöffnungen und Abendveranstaltungen an. Mehrstunden ab einem Saldo von 80 Stunden verfallen normalerweise am Monatsende. In Anbetracht des hohen Personaleinsatzes in den letzten Wochen des Jahres 2011 (Ausstellungseröffnung) wurden mangels Kompensationsmöglichkeit teilweise Auszahlungen der Mehrarbeit vorgenommen.

Das HMB bietet insgesamt 12 (2010: 17) Personen einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz. Darunter fallen 2 kaufmännische Praktika, 5 FH-Praktika (Restaurierung), 1 studentisches Praktikum für allgemeine Museumsarbeit und 4 wissenschaftliche Volontariate/Assistenzen, daneben auch zahlreiche Einsätze für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Zivildienstleistende. Ab August 2012 wird eine Fachperson Betriebsunterhalt ausgebildet.

Zahlreiche Ausbildungs- und Praktikumsstellen

2.2.3 Leistungsausweitungen/Leistungsausbau und Restrukturierungen

2011 wurde auf 1200 m² die neue Dauerausstellung mit einem vielfältig erweiterten Angebot eröffnet. Neu steht auch ein Seminarraum für Ver-

Neue Dauerausstellung eröffnet

mittlungsveranstaltungen bis ca. 40 Personen zur Verfügung. Die Öffnungszeiten im Haus zum Kirschgarten werden vermutlich reduziert.

Das HMB geht mit der Zeit, hat seit November 2011 eine neu konzipierte Website, ist auf Facebook und Youtube.

739 Sammlungsobjekte wurden neu aufgenommen, inventarisiert, sachgerecht gelagert und im Jahresbericht 2011 veröffentlicht. Die mehrjährigen, mit privater Hilfe finanzierten Projekte „Die grosse Kunst-kammer“, „Möbel in Basel“ und „Die Basler Medaillen“ (2012) führten zu Publikationen. Das Forschungsprojekt zur Basler Goldschmiedekunst läuft.

Die Besucherzahl erreichte einen Höchststand von 156'025 (Budget: 140'000). Das HMB organisierte 89 Gruppenführungen auf Anfrage, daneben fanden 121 öffentliche Führungen statt, 10 Familienführungen, 5 fremdsprachige Führungen, 4 Ausstellungsgespräche resp. „im Dia-log“ und 4 Mittwochmatinées sowie 4 Führungen für Blinde und Sehbe-hinderte.

*Besucherzahl mit
Höchststand*

Die Vermittlung für Schulklassen war zwar durch den Umbau in der Bar-füsserkirche nur eingeschränkt möglich, und die Angebote im Haus zum Kirschgarten mussten während der halbjährigen Laufzeit der Ausstel-lung „Francis Alÿs: Fabiola“ vollständig eingestellt werden. Dennoch wurden in 22 unterschiedlichen Angeboten 238 Schulklassen (139 BS, 75 BL, 6 SO, 4 BE, 3 AG, 2 LU, 1 ZH, 1 GR; 4 D, 3 F) mit insgesamt rund 4'500 Schülerinnen und Schülern (154 Barfüsserkirche, 46 Kirsch-garten, 38 Musikmuseum) betreut. Das Angebot für Schulen ab OS-Stufe im Französisch- und Englischunterricht wurde ergänzt durch „Französisch lernen in der Primarschule“ und „Deutsch lernen im Muse-um“. In der Ausstellung „Fabiola“ führte das Schaulager-Team zusätz-lich 49 Veranstaltungen durch.

Das Vermittlungsteam aus 15 freien Mitarbeitenden unterschiedlicher Fachausrichtung beansprucht total rund eine 50%-Stelle.

Die Zahl der angeschlossenen Museen beim Oberrheinischen Muse-umspass wurde zwar erhöht. Jedoch kam es im HMB als dem zweit-grössten Verkäufer in Basel zu einem geringen Verkaufsrückgang von 5% bis 6%. Die Einnahmen im Museumsshop konnten wieder gesteigert werden.

Aufgrund der Sparvorgabe wurde Sekretariatskapazität abgebaut (20% für Direktionsassistenten und Empfang). Der Ersatz der Depoteinrichtung durch Rollschrankenanlagen zur Platzoptimierung ist ein laufendes Mehr-jahresprojekt.

2.2.4 Kontrollsystem

Die Sicherheitssysteme werden laufend angepasst. Dazu gehören die MAGs, die Berichtspflicht in den Abteilungsleitungssitzungen, Absenzenkontrolle und Zeiterfassung, das Leihwesen sowie die Sammlungs- und Veranstaltungsdatenbank. Jede Auszahlung erfolgt im Drei Unterschriften-System.

Bei der Montage eines Fahnnenschrankes kam es 2010 zum Umkippen von mehreren Schränken mit Keramikobjekten. Die Schadensbearbeitung durch die Versicherungen der Liefer- bzw. Montagefirmen laufen noch. Mit den Bergungsarbeiten wurde 2011 begonnen.

2.2.5 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Als Ersatz für das Textilhaus an der Barfüssergasse steht die Suche eines Aussendepots an. Die Sonderausstellungen bis 2014 sind fixiert und bis 2016 in vorbereitender Planung.

Für folgende Projekte zeichnet sich in den nächsten Jahren Handlungsbedarf an, der politische Zusagen erfordert: Aussenrenovierung der Barfüsserkirche, Generalsanierung und Neukonzeption der Dauerausstellung im Haus zum Kirschgarten, weitere Depot-Zentralisierung.

Im Musikmuseum hat die Sanierung der Lüftung und Beleuchtung begonnen. Die neue Direktorin wird nach Absprache zwischen PD, BVD und FD ab Oktober das Haus zum Kirschgarten behandeln.

*Zukunft des Hauses
zum Kirschgarten in
Abklärung*

2.2.6 Kundschaft

Die Besucherbefragung wurde im Kirschgarten fortgesetzt. Sie zeigte auf, dass die meisten Besuchenden durch Plakate und weitere Werbemassnahmen angezogen wurden. 37% kommen aus dem Ausland. Von den 57% der Besuchenden aus der Schweiz kamen 34% aus BS, 23% aus BL. Eine weitere grosse Gruppe kam 2011 aus Zürich, nämlich 18%. 37 % stammten aus Europa (davon 21% aus Deutschland), 6 % aus der übrigen Welt. 65% sind Erstbesuchende.

Die Umfrage während des gesamten Jahres zeigte folgende Ergebnisse: Die Sonderausstellung „Francis Alÿs: Fabiola“ brachte neue Besuchersegmente ins Wohnmuseum – dies nicht zuletzt dank der durch das Schaulager finanzierten und organisierten Werbe- und Begleitmassnahmen. Als sehr positiv wurden neben der eigentlichen Sonderausstellung die Architektur des Hauses sowie die umfangreiche und wertvolle Sammlung (insbesondere Uhren und das Porzellan) bewertet. Die Feedbacks der Lehrpersonen nach Klassenbesuchen sind durchwegs sehr positiv. Die Kosten pro Besucherin und Besucher lagen 2011 bei CHF 71 (2010: CHF 70).

*Neue Besucherseg-
mente erreicht*

2.2.7 Zusammenarbeit

Die Museumsdirektions- sowie die Verwaltungsleitungs-Konferenz funktionieren ausgezeichnet. Daneben gibt es ständige oder projektweise Zusammenarbeit mit anderen Museen und Institutionen, den Hochschulen, der VHS, mit Basel Tourismus, Pro Senectute, der Fachstelle Integration, dem RFV usw. Das HMB organisiert Welcome-Führungen für Neu-Zugezogene.

Museumsdirektions- und Verwaltungsleitungs-konferenz funktioniert

2.2.8 Weitere Bemerkungen

Die Arbeit am Museumskonzept im Nachgang zum Kulturleitbild wird von der Museumsleitung mit Spannung erwartet. Das HMB wurde für den 7. Juni 2012 vom PD zu einer offenen Kick off-Veranstaltung zum „Forum für Geschichte“ eingeladen.

Arbeit am Museumskonzept beginnt

Im Jahresbericht 2011 des HMB sind auf S. 114 alle Donatorinnen und Donatoren namentlich aufgeführt. Auf S. 124f. finden sich ausführliche Informationen zu den Drittmitteln und Gratisleistungen in der Höhe von ca. CHF 570'000.

Die Museumsleitung steht in Kontakt mit der neuen Direktorin Marie-Paule Jungblut (z. B. zur Ausstellungsplanung). Die Nachfolgerin wird gemäss Planung des PD ihre Stelle im August nach einem Monat Vakanz antreten.

2.3 Kunstmuseum

2.3.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung zu Budget 2011	Veränderung zu Rechnung 2010
Aufwand	19.9	-0.1 (-0.3%)	-1.3 (-6.1%)
Ertrag	6.8	0.2 (2.5%)	-0.8 (-10.5%)
ONA	13.1	-0.2 (-1.7%)	-0.5 (-3.6%)

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011	Differenz
Personalaufwand	10.24	10.20	0.4%

Gegenüber dem Budget reduzierte sich der Aufwand um CHF 66'248. Zugleich stieg der Ertrag um CHF 165'440. Der Staatsbeitrag sank um CHF 231'688. Demgegenüber stand ein geringer Rückgang der Beiträge Dritter von CHF 97'948. Der Eigenfinanzierungsgrad war im Budget 2011 mit 32% geplant und lag tatsächlich bei 34%. Der ONA sank um 1.7%.

ONA gesunken

Ausgaben: Die Minderausgaben beim Übrigen Aufwand von CHF 105'304 resultierten hauptsächlich aus den Sachversicherungsprämien, da höhere Prämien der Vorjahre als Basis zur Budgetierung 2011 dienten.

Einnahmen: Mehreinnahmen ergaben sich u.a. durch Vermittlungsprovisionen (Oberrheinischer Museumspass) sowie durch ordentlichen und periodenfremden Ertrag (Bereinigung Bilanzkonti). Mindereinnahmen ergaben sich u.a. durch rückläufiges Sponsoring (Unternehmen) und Donationen (Dritte) sowie durch geringere Eintrittsgebühren (weniger Besuchende).

In den letzten Jahren (exkl. 2009) fiel jeweils ein Bonus an, wobei es 2009 auch keinen Malus gab. Beim Bonus 2011 erfolgte ein Übertrag von 75% der bereinigten Budgetunterschreitung (CHF 176'124) von CHF 132'100 auf das nächste Budgetjahr. Die restlichen 25%, somit CHF 44'024, verfielen zu Gunsten des Staats. Wünschenswerterweise liesse sich mit dem Bonus die Finanzierungsbasis für Sonderausstellungen verbessern. Rückstellungen schwinden jedoch, da Lohnstufenanstiege im Globalbudget zu kompensieren sind und nur die Teuerung auf den Personalkosten durch eine Vorgabenerhöhung berücksichtigt wird. 51% vom Aufwand ohne Abschreibungen des Globalbudgets 2011 sind durch Personalkosten, die Abgeltung von Mieten für zwei Häuser und ein Depot (12%) sowie Versicherungen und Finanz-/IT-Dienstleistungen (4%) fixiert. Insgesamt sind also 67% der Ausgaben nicht beeinflussbar.

Der vorgeschriebene Umgang mit dem Bonus/Malus ist für das KMB demotivierend. Er setzt keinen Anreiz, unternehmerisch zu handeln.

Fehlender unternehmerischer Anreiz bei Bonus/Malus

Das KMB erhielt von der Universität für die Nutzung durch das Kunsthistorische Seminar CHF 330 000 und bezahlte Immobilien Basel CHF 2.375 Mio. pro Jahr. Diese kalkulatorischen Mietkosten möchte die Direktion lieber separat ausweisen, da sie die Höhe des Staatsbeitrags verfälschen. Dann würde der Eigenfinanzierungsgrad tatsächlich bei 39% liegen.

2.3.2 Personal

Per 31. Dezember 2011 waren 160 (2010: 166) Personen auf 78.4 Stellen (2010: 81.4) fest angestellt. Der Anteil der Teilzeitangestellten beläuft sich auf 74%. Die Fluktuation ist 2011 leicht gestiegen auf durchschnittlich 3%. Der Headcount von 73.7 (2010: 81.5) ist durch die Aufhebung von Stellen (Budgetkürzung durch den RR) sowie wegen zeitweiser Vakanzen entsprechend gesunken.

Headcount gesunken

Seit 2010 bietet das KMB einen kaufmännischen Attest-Ausbildungsplatz, eine Lehrstelle im Buchhandel (ab 2012) und ein Praktikum (Kaufm. Berufsmatur) an. Die beiden wissenschaftlichen Volontariate wurden umgewandelt in 2 Stellen für Ausstellungsassistenten.

Vor, während und nach Sonderausstellungen fällt regelmässig angeordnete Überzeit an; sie wird möglichst rasch kompensiert, ansonsten ausbezahlt. Verfall gibt es nicht.

2.3.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Als Ergebnis der Arbeit am Bestandskatalog wurde im November 2011 die Publikation „Die Meisterwerke“ medienwirksam herausgegeben.

Die Bibliothek wurde an das UB-Netz angeschlossen und auf elektronische Bestellungen umgestellt. Für insgesamt 16'589 Besuchende wurden 34'395 Ausleihen bereitgestellt.

Trotz Personalreduktion in der Vermittlungsarbeit konnten 10% mehr Schulklassen empfangen werden. Insgesamt besuchten 1174 Schulklassen das KMB und das MGK; rund 800 (2010: ca. 670) davon kamen aus BS und BL. Ausserdem wurden 594 (2010: 468) Führungen, Workshops und Vorträge organisiert.

Ein Leistungsabbau ist nicht vorgesehen. Hingegen wird der Erweiterungsbau ab 2016 eine beträchtliche Leistungsausweitung ermöglichen. Bis 2015 soll der Status Quo beibehalten werden, anschliessend werden zusätzliche Ressourcen notwendig.

Status beibehalten

Die Bereiche Bibliothek sowie Bildung und Vermittlung stehen vor organisatorischen Herausforderungen, da sie sich stark entwickeln (Bibliothek mit 28% mehr Ausleihen und B&V mit 27% mehr Führungen), jedoch ihre personellen Ressourcen aufgrund des Headcounts nicht erhöht werden können.

Der Museumsshop wurde restrukturiert und trägt seither zum guten Jahresergebnis bei.

2.3.4 Kundschaft

Das KMB entwickelt sich immer mehr von einem Sammlungshaus zu einem Ausstellungsbetrieb. Die Anzahl Besucherinnen und Besucher liegt bei ca. 210'000.

Entwicklung hin zum Ausstellungsmuseum

Seit 2003 werden in regelmässigem Rhythmus 2 grosse Sonderausstellungen neben 9 bis 11 kleineren Wechselausstellungen (v.a. im Kupferstichkabinett und MGK) gezeigt. Um vermehrt interdisziplinäre Künste präsentieren zu können, wurde dem MGK ein Projektraum angegliedert.

Die Ansprüche an die Qualität des inhaltlich-künstlerischen Angebots wachsen ebenso wie die Bedürfnisse beim Besucherservice. Dazu stellt das KMB neu ein Online-Ticket-System zur Verfügung (bis zu 130 verkaufte Tickets pro Tag) sowie Audioguides (nachgefragt von bis zu 20% der Besuchenden). Es entwickelt spezielle Angebote für Kinder, organisiert Familientage usw.

Sonderausstellungen mit touristischer Attraktion kosten CHF 1.5 Mio. bis CHF 4 Mio, ein Event in der van Gogh-Dimension CHF 10 Mio. bis CHF 20 Mio. Ein Drittel entfällt auf Versicherungskosten. Bei international vergleichbaren Museen gibt es dafür Staatsgarantien.

2.3.5 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Bis zur Eröffnung des Erweiterungsbaus soll der Rhythmus von 2 grossen Sonderausstellungen pro Jahr beibehalten, danach auf 3 erhöht werden. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung sowie der betrieblichen Prozesse (ab 2016) wird das bestehende KMB-Konzept verifiziert. Die Museumsleitung hofft, das KMB-Konzept als eine Grundlage für das Museumskonzept einzubringen, welches von der Kulturabteilung des PD ab August 2012 erarbeitet wird.

Verifizierung des KMB-Konzepts

Die Betriebskosten werden bis 2015 in etwa gleich bleiben. Danach ist mit einer Erhöhung um CHF 4.8 Mio zu rechnen, weshalb der Staatsbeitrag um CHF 2.3 Mio. angepasst werden muss.

Im stark umkämpften Markt der Kulturangebote sind professionelle Marketing- und Kommunikationsleistungen gefordert. Ein Betrieb von der Grösse des KMB kann sie nicht weiterhin mit einem 100%-Pensum erbringen, welches zudem auf Kommunikation und PR ausgerichtet ist; für den Aufgabenbereich Marketing und Werbung fehlen bislang die personellen Ressourcen. Deshalb wurde eine Erhöhung des Headcounts um 100 Stellenprozent beantragt.

Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit

Die Planungsarbeiten für den Erweiterungsbau verlaufen kosten- und termingerecht. Es fallen Baukosten in Höhe von CHF 100 Mio. an (wovon CHF 50 Mio. die öffentliche Hand übernimmt). Zusätzliche Sanierungskosten im Hauptgebäude (Dach, Oberlicht, Seitenfenster) sind zurzeit in Prüfung durch das BVD.

Für den zukünftigen Ausstellungsbetrieb konnte ab 2012 eine Sponsoring-Partnerschaft mit der CS für 3 Jahre vereinbart werden.

2.3.6 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Die wichtigsten Sponsorenbeiträge 2011 kamen aus der Stiftung für das Kunstmuseum Basel (CHF 1'643'779), dem Fonds für künstlerische Aktivitäten im MGK der Emanuel Hoffmann Stiftung und der Christoph Merian Stiftung (CHF 179'600). Zusätzlich für Ankäufe erhielt das KMB von der Stiftung CHF 450'000 und von den Freunden des KMB CHF 200'000. Für den Unterhalt der Sammlung wurden von der Stiftung des Patronatskomitees CHF 522'783 zur Verfügung gestellt.

Neuorientierung der Museumsstiftung

Das Fundraising konzentriert sich auf langjährig gepflegte Partnerschaften, definiert jedoch seine Ziele von Jahr zu Jahr neu. Beschäftigt damit sind die Stiftung KMB mit ihrer Geschäftsführerin sowie die Museumsleitung. Während die Stiftung früher v.a. Fonds usw. verwaltet hat, widmet sie sich heute der aktiven Generierung von Unterstützungsgeldern.

2.3.7 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den staatlichen und nicht-staatlichen Museen ist durch regelmässige Konferenzen der Museumsdirektionen und Verwaltungsleitungen garantiert.

Keine institutionalisierte Zusammenarbeit mit BL

Die Zusammenarbeit mit Basel Tourismus bezieht sich auf die Organisation „Kunst & Design Museen Basel“ im Rahmen des Engagements „Basel Culture Unlimited“ sowie auf Marketing-Kooperationen bei Sonderausstellungen.

In der Bibliothek spielt seit Jahren eine Zusammenarbeit mit der Universität. Es entstehen laufend neue Kooperationen, zurzeit im Bereich der Digitalisierung und Archivierung (Imaging & Media Lab). Mit den regionalen Kulturinstitutionen ist das KMB gut vernetzt.

Bisher gab es keine institutionalisierte Zusammenarbeit mit BL sondern unregelmässige Ausstellungsbeiträge (Swisslos-Fonds).

2.3.8 Kontrollsystem

Es wurde ein neuer Finanzchef angestellt, der als Erstes den Umgang mit den hohen Bargeld-Beständen neu organisierte. Sie werden monatlich mittels Kassenprotokollen aufgenommen und mit dem Rechnungswesen kontrolliert.

Stärkere Delegation der Budgetverantwortung

Zahlungsaufträge erfolgen durch Doppelunterschrift. Mit der gültigen Viumsregelung ist das „Vier-Augen-Prinzip“ gewährleistet. Geplant ist eine stärkere Delegation der Kostenstellen- und Budgetverantwortung.

2.3.9 Weitere Bemerkungen

Grundsätzlich ist das KMB zufrieden und sieht sich auf positivem Kurs. Manchmal entsteht jedoch der Eindruck einer historisch gewachsenen Übersteuerung. Vorgaben der Behörden (PD / Abt. Kultur, FD / ZPD) dürfen nicht im Widerspruch zur Arbeit der Kommissionen (Kunstkommission, Stiftung für das KMB, Verein der Freunde des KMB) und Konferenzen stehen.

Eindruck einer Übersteuerung durch die Behörden

Kritisch angemerkt wurde, dass das KMB trotz Autonomie im Sinne des Museumsgesetzes schlussendlich eine PD-Dienststelle, mit zunehmender Tendenz zur Bürokratie, geblieben sei.

Vermutlich wird das lang erwartete Museumskonzept eine strategische Ausrichtung und Leistungsaufträge mit eher qualitativen statt rein quantitativen Kriterien beinhalten.

Noch weitgehend ungeklärt ist die genaue Rolle der bikantonalen Universität beim Museumsgut.

2.4 Museum der Kulturen

2.4.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung zu Budget 2011	Veränderung zu Rechnung 2010
Aufwand	9.3	-1.8 (-15.9%)	1.5 (20%)
Ertrag	1.5	-1.9 (-55.3%)	1.3 (511%)
ONA	0.1	0.1 (1.9%)	0.3 (3.5%)

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011	Differenz
Personalaufwand	4.6	4.7	-0.7%

Das Budget für 2011 wurde unter der Massgabe erstellt, dass der Termin für die Neueröffnung Anfang Mai 2011 liegt. Aufgrund der Bauverzögerung um vier Monate und der damit verbundenen verspäteten Bauübergabe (Dezember 2010) verzögerte sich auch die Einrichtung der neuen Ausstellungsräumlichkeiten um vier Monate. Die Neueröffnung fand anstatt anfangs Mai am 5. September 2011 statt.

Späterer Neustart beeinflusst Rechnungsergebnis

Der Aufwand war geringer als budgetiert, da u.a. die geplanten Betriebskosten (Strom, etc.) und PR-/Marketingkosten aufgrund der verzögerten Neueröffnung tiefer ausgefallen sind. Zudem musste die Sonderausstellung „Pilgern“ auf 2012 verschoben werden; dadurch fielen im 2011 keine Kosten dafür an.

(B: CHF 4.652 Mio.; R: CHF 6.369 Mio. ⇒ Differenz CHF 1.717 Mio.)

Aufgrund der um vier Monate verzögerten Neueröffnung des Museums waren die erzielten Einnahmen aus Eintritten, Führungen, Vermietung und Warenhandel sowie Drittmittel für Ausstellungen („Pilgern“ erst im 2012, Abbau Ausstellungen) viel tiefer als budgetiert.

(B: CHF 1.519 Mio.; R: CHF 0.357 Mio. ⇒ Differenz CHF 1.162 Mio.)

(B: CHF 1.791 Mio.; R: CHF 1.109 Mio. ⇒ Differenz CHF 0.682 Mio.)

(B: CHF 3.310 Mio.; R: CHF 1.466 Mio. ⇒ Differenz CHF 1.844 Mio.)

Insgesamt wies das Museum ein Minus aus von CHF 127'062, wenn man die zentral budgetierte Teuerung auf Personalkosten mitberücksichtigt. Diese Summe bildete die Basis für den Malus-Übertrag von CHF 63'500. Der Malus beträgt neu für 2012 CHF 191'900.

Entwicklung Bonus-/Malusbestand jeweils per Ende Jahr:

Jahr	Bonus/Malus	Stand Malus Jahresende
2007		CHF -4'500
2008	CHF -137'000	CHF -141'500
2009	CHF 24'500	CHF -117'000
2010	CHF -11'400	CHF -128'400
2011	CHF -63'500	CHF -191'000

2.4.2 Leistungsausweitungen/Leistungsausbau und Restrukturierungen

Während der Bauzeit war das Angebot stark reduziert. Es gibt seit der Neueröffnung in allen Bereichen eine Ausweitung des Angebots:

- Ausstellungen: im Jahr 2011 wurden vier Sonderausstellungen im gesamten Haus auf fast 3000 m² (mehr Ausstellungsfläche) realisiert.
- Das Veranstaltungsangebot wurde erweitert (Führungen, Workshops etc.)
- Ein neues Veranstaltungsformat wurde eingeführt: In „Ethnologie fassbar“ wird über das Museum, die Neukonzeption und die Arbeiten hinter den Kulissen jeweils am ersten Mittwoch im Monat diskutiert oder berichtet und gezeigt. An diesem Tag ist das Museum zudem bis 20.00 Uhr geöffnet.
- Spezielle Angebote für die Mitglieder des Kulturkreises: Depotführungen, Vorbesichtigungen etc.
- Vermietung von Räumlichkeiten (private Veranstalter)
- Ausweitung der Fläche des Museumsshops: mit einem auf die einzelnen Ausstellungen abgestimmten breiten Sortiment.
- Museumsbistro: neues Angebot seit der Neueröffnung des Hauses. Konsumationsmöglichkeit während der ordentlichen Öffnungszeiten des Museums sowie Package-Angebote (private Führung mit Apéro und/oder Essen etc.).

Leistungen wurden wegen Neueröffnung überall ausgebaut

Restrukturierungen wurden nicht vorgenommen.

2.4.3 Personal

Stand 31. März 2012: Anzahl Personen: 76 inkl. Lernende und Führungspersonal. Der Headcount (Vollzeitstellen) beträgt in Stellenprozenten: Soll: 3820; Ist: 3675; Nicht-Ausschöpfung 147.

Für die Neueröffnung des Museums war ein erhöhter Einsatz der Mitarbeitenden erforderlich, wodurch sich das Zeitguthaben erhöht hat. Dieses wird laufend abgebaut.

Das Kader ab Lohnklasse 16 hat nicht zugenommen. Per 31. März 2012 beschäftigte das Museum drei Lernende (2 für Polydesign 3D und eine im kaufmännischen Bereich). Leider musste ein Vertrag im Bereich Polydesign per Ende März vorzeitig aufgelöst werden. Die beiden anderen schliessen in diesem Jahr ab. Ein neuer Lernender im kaufmännischen Bereich beginnt im August 2012.

2.4.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

2013 wird die zweite Dauerausstellung auf Ebene 3 (Arbeitstitel „Transformation“) eröffnet. Daneben werden jährlich zwei kürzere und eine längere Sonderausstellung sowie die Weihnachtsausstellung realisiert.

Erste Dauerausstellung ab 2012

Zu allen Ausstellungen werden vielfältige Rahmenprogramme entwickelt und Veranstaltungen angeboten. Ab 2012 (mit der Eröffnung der ersten Dauerausstellung „Expeditionen“) werden sogenannte Kulturvermittlerinnen und Kulturvermittler das Vermittlungsangebot des MKB erweitern. Die Entwicklung dieses Vermittlungsgefässes wurde durch die Finanzierung einer privaten Stiftung ermöglicht. Der erste Workshop dazu findet ab dem 11. Mai 2012 statt.

Im Nebengebäude, das als Veranstaltungshaus dienen muss, stehen dringende Sanierungsarbeiten sowie die Vertikalerschliessung des gesamten Gebäudes (behindertengerechter Zutritt zu allen Räumen) an. Diesbezüglich wurden Gespräche geführt und ein schriftlicher Antrag gestellt. Der notwendige Finanzbedarf steht noch nicht fest. Wann die Sanierungsarbeiten effektiv durchgeführt werden können, ist noch offen. Zurzeit gibt es einen Veranstaltungsraum im Parterre und das Kinderatelier im 1. Stock. Diese Räume wurden vom MKB mit minimalen finanziellen Mitteln eingerichtet.

2.4.5 Kundschaft

Ein Instrument für die Besucherbefragung steht zur Verfügung. Es wurde von der Hochschule Luzern entwickelt und ist bei verschiedenen Museen im Einsatz (u.a. Antikenmuseum und Historisches Museum, aber auch Verkehrshaus und Augusta Raurica). Anregungen der zahlreichen ausgefüllten Fragebögen werden ausgewertet und laufend umgesetzt.

Mit der Neueröffnung des MKB am 6. September 2011 begann eine intensive Debatte um das neue Ausstellungskonzept. Auf der einen Seite gab und gibt es positive und anerkennende Reaktionen sowohl von Fachpersonen als auch von Segmenten der Öffentlichkeit. Dem steht Kritik gegenüber: Im Zentrum der Debatte stehen die Fragen, ob der radikale Wechsel in der Ausstellungskonzeption gerechtfertigt ist, ob die hauseigenen Sammlungen adäquat in die Ausstellungen einbezogen sind und inwiefern Besucherinnen und Besucher durch die Neukonzeption überfordert bzw. ob sie adäquat „abgeholt“ werden. In zukünftigen Ausstellungen werden berechnete Kritikpunkte selbstverständlich berücksichtigt.

Die Museumsleitung will auch künftig die Kommunikation verbessern und verstärken.

*Kritische Diskussion
über das neue Ausstel-
lungskonzept, Berück-
sichtigung der Samm-
lung und Eingehen auf
Publikum*

2.4.6 Kontrollsystem

Die wichtigen Abläufe des Internen Kontrollsystems sind definiert, und bei allen Zahlungen gilt das Vier-Augen-Prinzip.

2.4.7 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

Die Sonderausstellungen zur Neueröffnung (Pekingoper, Chinatown, „EigenSinn“) wurden ausschliesslich über Drittmittel finanziert. Die Einrichtung der Dauerausstellungen „Expeditionen“ (2012) und „Transformationen“ (2013) werden über den Wiedereinrichtungskredit finanziert.

Das Angebot für Privatanlässe soll ausgeweitet werden.

2.4.8 Weitere Bemerkungen

Die Zusammenarbeit unter den kantonalen und nicht-kantonalen Museen sowie mit weiteren Institutionen (Basel Tourismus, Schulen und Hochschulen) läuft gemäss Museumsleitung prinzipiell sehr gut; mit der Fachhochschule und der Universität konnte sie ausgebaut und intensiviert werden.

Zusammenarbeit mit höheren Bildungsanstalten ausgebaut

2.5 Naturhistorisches Museum

2.5.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Veränderung zu Budget 2011	Veränderung zu Rechnung 2010
Aufwand	8.4	0 (0.1%)	0 (0.4%)
Ertrag	1.1	-0.1 (-6.3%)	0.1 (5.1%)
ONA	7.4	0.1 (1.1%)	0 (-0.2%)

In Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2011	Differenz
Personalaufwand	5.1	4.9	2.1%

Der ONA musste wie Vorjahr um 3.4% oder rund CHF 250'000 gesenkt werden. Die Einsparungen konnten grossteils mit der Auflösung von Rückstellungen aufgefangen werden. Zusätzlich mussten hohe Drittmittel für die Realisation der Sonderausstellung „Knochenarbeit“ generiert werden. Die geplante Erhöhung der Eintrittspreise in die Dauerausstellung war nicht möglich. Daraus ergab sich ein leichter Rückgang der Einnahmen auf der Besucherseite. Weitere unvorhersehbare Mehrausgaben liegen im Bereich des Personals, u.a. bedingt durch den Abgang des Leiters Verwaltung.

Unvorhergesehene Mehrausgaben und erstmals ein Malus

Das NMB hatte im vergangenen Jahr zum ersten Mal einen Malus in Höhe von CHF 60'000 zu verzeichnen.

2.5.2 Personal

Im Moment teilen sich 52 Personen insgesamt 2745 Stellenprozente. Davon sind 17 Personen zu 100% angestellt, die übrigen sind zwischen 30% und 90% angestellt. Der Kaderbestand (ab Lohnklasse 16) ist

gleich geblieben, das NMB beschäftigt zwei Lernende (Präparator und Verwaltung).

Überzeit wird nur in Ausnahmefällen (Ausstellungseröffnungen) angeordnet. Eine Tendenz gibt es keine. Die Arbeitszeit wird monatlich erfasst. Wenn möglich wird die Überzeit kompensiert, in Ausnahmefällen ausbezahlt.

Der Personalbestand ist konstant, Fluktuationen sind projektbedingt und werden über Drittmittel finanziert. Kurzfristige Abweichungen sind auch durch die zahlreichen zusätzlichen Bau- und Sanierungsprojekte bzw. Ersatzarbeiten bedingt.

2.5.3 Leistungsausweitung/Leistungsabbau und Restrukturierungen

Eine Ausweitung des musealen Angebots ist derzeit nicht möglich, die auferlegten Sparmassnahmen führen letztendlich zu einer Mangelverwaltung der finanziellen Ressourcen und lassen ohne ONA-Erhöhung keine Erweiterung des Angebots zu. Nicht motivierend für das NMB ist, dass Einnahmen aus der Vermietung der Aula und des Wal-Saales neu dem Finanzdepartement zukommen sollen.

Einnahmenflüsse werden umgelenkt

Restrukturierungen wurden keine vorgenommen.

2.5.4 Mittelfristige Planung und Investitionsbedarf

Das NMB erwartet 2012 eine Entscheidung über einen allfälligen Standortwechsel, bzw. es soll der Bericht zuhanden des Regierungsrats und der Ratschlag zu einem Projektierungskredit eines Neubaus noch diesen Sommer/Herbst eingereicht werden. Sollte kein neuer Standort gefunden werden, muss das NMB aufgrund der nötigen Sanierungsarbeiten im Berri-Bau für 5 bis 6 Jahre geschlossen werden. Zudem ist für 2013 die Inbetriebnahme des seit langem benötigten externen Lagers vorgesehen. Dieses ist im Dreispitzareal gefunden worden. Letzteres ist eine *Conditio sine qua non* für die weitere Planung der Instandstellung der schadstoffsanierten Ausstellungsbereiche. Diese Verzögerung hat dazu geführt, dass das NMB zusätzlich kurzfristig externe Sonderausstellungen zumieten muss. Die für Ende 2012 und im Laufe des Jahres 2013 vorgesehene Eröffnung mehrerer neuer Dauerausstellungen mussten aufgrund der Verzögerungen erneut verschoben werden. Das NMB befindet sich somit weiterhin in einem nicht planbaren Zustand, welches für sämtliche Mitarbeitende zu einer Dauerbelastung führt. Für das Jahr 2012 ist die Eröffnung der neuen Präparatorien und technischen Werkstätten vorgesehen, diese Arbeiten schreiten planmässig voran und bilden die Voraussetzung zur Herstellung von Dermoplastiken, die für die neuen Dauerausstellungen benötigt werden.

Entweder Standortwechsel oder Sanierung mit mehrjähriger Schliessung

Neben den bereits eingestellten und bewilligten Krediten für die Neueinrichtung der Dauerausstellungen liegen für die Sanierung des Berri-Baus erste Kostenschätzungen vor. Diese Kosten sind noch nicht belastbar, fallen aber auch bei einem Standortwechsel des Museums an.

Für die genannten Vorhaben stehen derzeit CHF 13.7 Mio. zur Verfügung (CHF 4.2 Mio. Schadstoffsanierung, CHF 9.5 Mio. neue Präparatorien und Werkstätten, inkl. Gebäudesanierung). Für die Neueinrichtung der sanierten Dauerausstellungsräume stehen ausserdem insgesamt CHF 2.75 Mio. zur Verfügung.

2.5.5 Kundschaft

Das NMB wertet derzeit die Fragebögen zum Besuch der Sonderausstellung „Knochenarbeit“ aus. Obwohl noch keine Endresultate vorliegen, zeigt es sich, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Besucher deutlich über 1.5 Stunden liegt. Das Ausweisen einer finanziellen Kennzahl (Kosten pro Besucher/in) macht in einem Shoppingcenter Sinn. In einem Museum ist eine solche Zahl irreführend, da Besuchende lediglich einen Bereich, nämlich die Dauer- und Sonderausstellung abbilden. Die übrigen Kernaufgaben wie Sammeln, Bewahren, Erforschen sind damit nicht erfasst.

*Kosten pro Besucher
eine problematische
Kennzahl*

2.5.6 Kontrollsystem

Das NMB arbeitet nach den Vorgaben der Verwaltung. Das Visieren der Rechnungen erfolgt nach dem Vier-Augenprinzip, damit eine effiziente Kontrolle der laufenden Ausgaben gewährleistet ist.

2.5.7 Sponsoring, Fundraising und Public Private Partnership

PPP ist für das NMB nur in einer sehr geringen Masse möglich, wird aber innerhalb der Abteilung angeregt.

PPP nur wenig möglich

Sponsoreneinnahmen variieren je nach Sonderausstellungen und Jahr. Zudem generiert das NMB Drittmittel für Forschungs- und Sammlungsprojekte, die entweder durch den Nationalfonds oder Stiftungen einfließen.

Konkrete Ziele für das Fundraising werden innerhalb von Sonderausstellungen von der Geschäftsleitung formuliert. Obwohl zahlreiche „Konzepte“ bestehen, ist das Fundraising personenabhängig und wird in der Regel durch den Direktor betrieben, dazu ist die Unterstützung durch die Museumskommission wichtig.

2.5.8 Zusammenarbeit

Neben der aktiven Rolle in der Museumsdirektorenkonferenz (der Direktor hat 2012/13 den Vorsitz), die als Plattform für die Koordination von

Ausstellungen und der Absprache für museumsspezifische Strategien dient, ist das NMB auch Mitglied der erweiterten Konferenz. Hier nehmen die grossen übrigen Museen einschliesslich mehrerer Institutionen aus dem Kanton Basel-Landschaft Einsitz.

Die Zusammenarbeit mit der Universität Basel ist seit mehreren Jahren durch die Betreuung von Studierenden (Bachelor/Master/Doktoranden) und die aktive Lehre gegeben. Zudem besteht eine aktive Zusammenarbeit mit den naturwissenschaftlichen Museen in der ganzen Schweiz. Weitere regelmässige Kontakte mit den drei grossen Einrichtungen Deutschlands, dem Senckenberg Museum in Frankfurt (mit den Standorten Weimar, Görlitz und Dresden), dem Naturkundemuseum in Berlin, dem Staatlichen Museum für Naturkunde in Karlsruhe und Stuttgart finden statt, weil der Direktor als ein vom Ministerium bestelltes aktives Mitglied im jeweiligen wissenschaftlichen Beirat Einsitz hat. Ab 2012 übernimmt er die Rolle des Ersten Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats der Naturkundemuseen Baden-Württembergs. Somit bestehen auch enge Kontakte zu den jeweiligen Ministerien und Senatsausschüssen.

Intensive Zusammenarbeit mit deutschen Naturkundemuseen

2.5.9 Weitere Bemerkungen

Im Weiteren äussert die Museumsleitung:

- Die zunehmende Bürokratisierung der Verwaltung und die damit verbundenen Veränderungen in den Verwaltungsabläufen führt zu einer massiven Mehrbelastung der eigenen Verwaltung, die in die Zukunft projiziert ohne zusätzlichen Personalaufwand nicht mehr zu leisten sein wird (Stichworte: Zentrale Verwaltung der Arztzeugnisse; Systempflege Neueinreihung Stellen).
- Die Forderung nach einer weiteren Öffnung des Museums im Rahmen des Web 2.0 und die Digitalisierung unserer Angebote ist berechtigt. Dies ist aber nur dann möglich, wenn in diesem Bereich zusätzliche Stellen geschaffen werden. Um das Sammlungsgut des NMB mittelfristig zu digitalisieren und somit online einer grossen Science-community zur Verfügung zu stellen braucht es einen massiven Mehraufwand, den es mit den bestehenden Sammlungsverwaltern und Kuratoren nicht leisten kann. Neueingänge werden fortlaufend digitalisiert, viele Daten rückläufig erfasst. In Deutschland gibt es zu diesem Zweck eine vom Bund geförderte Initiative, die den naturwissenschaftlichen Museen finanziell grosse Mittel in Millionenhöhe zur Verfügung stellt.

Bürokratisierung und Digitalisierung bedingen höheren Personalaufwand

3. Generelle Bemerkungen

Die Bildungs- und Kulturkommission bringt aufgrund des Austauschs mit den Museumsleitungen folgende, generelle Bemerkungen an:

- Die Frage der Abgeltung von Klassenführungen durch das ED ist für die Museumsleitungen und das Präsidialdepartement dringlich zu lösen. Die Aufwendungen nehmen kontinuierlich und stark zu, so dass bereits an Kontingentierungen gedacht wird. Auch die Abgeltung der Führungen für Klassen aus Basel-Landschaft gehört in dieses Problemfeld.
- Die Museen sehen sich einem Zugzwang ausgesetzt, indem die Tendenz zur Eventkultur zunimmt. Sie befürchten in Zukunft mehr an der Durchführung von „Blockbuster-Ausstellungen“ (Tut-anch-Amun, van Gogh) gemessen zu werden als an der Erfüllung des Museumsgesetzes.
- Das Bonus-/Malus-System erfährt seitens der Museen regelmässig Kritik, indem auf fehlende unternehmerische Anreize und eine Demotivation hingewiesen wird, da Budgetunterschreitungen (Bonus) nur zu 75% übertragen werden. Allerdings ist anzumerken, dass Budgetüberschreitungen (Malus) den Museen nur zu 50% angerechnet werden. Das Globalbudget-System ist also auch mit Blick auf Vorteile für die Museen ausgelegt. Budgetunterschreitungen von Staatsstellen ohne Globalbudget etwa verfallen völlig zugunsten der Staatskasse.
- Die Museen mussten sich bei der Überführung in das Präsidialdepartement gesamtstaatlichen Standards anpassen. Die Adaption an diese Standards verursacht derzeit noch Probleme.
- Das angekündigte Museumskonzept wird von den Museumsleitungen mit grosser Erwartungshaltung und Spannung begrüsst.

4. Beschluss

Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt der Finanzkommission, dem Grossen Rat folgenden Antrag zu stellen:

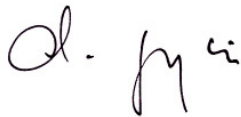
- Den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2011 zur Kenntnis zu nehmen.
- Die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2011 zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat diesen Mitbericht zuhanden der Finanzkommission am 30. Mai 2012 einstimmig genehmigt.

Basel, den 30. Mai 2012

Bildungs- und Kulturkommission

Die Vizepräsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Gysin'.

Doris Gysin